50 Jahre IFSH

1971–2021

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

50 Jahre IFSH

1971–2021

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Inhalt

4 Vorwort

6 Grußworte

9 **Wie wir wurden, was wir sind**
50 Jahre IFSH / Ein kurzer Abriss der Institutsgeschichte

14 Das **Team** des IFSH

17 **Turbulente Zeiten**
als Impuls für die Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung

21 Vom **„War on Terror“**
zum gesellschaftlichen Frieden

24 **Update verfügbar**
Die Weiterentwicklung gesellschaftlicher Friedenssicherung im Cyberraum

28 **Interview** mit Delf Rothe
über Hamburger Klimaforschung

31 **IFSH-Forschung** auf einen Blick

32 **Wissenstransfer „Made in Hamburg“**

34 **Interview** mit Anja Dahlmann
über Wissensaustausch in Berlin

36 38 Jahre Zeitgeschichte im Spiegel der **Zeitschrift S+F**

40 Früchte der **Entspannungspolitik**

44 **Unser Studiengang *Peace and Security Studies***
Eine Erfolgsgeschichte

46 **Der Studiengang** *Peace and Security Studies* auf einen Blick

47 Als **Michail Gorbatschow** das IFSH besuchte

50 **Moin Hamburg, hier sind wir!** Eine Stadtrundfahrt in Bildern

52 **50 Jahre IFSH** / Eindrücke vom Senatsempfang im Hamburger Rathaus am 11. Juni 2021

57 **Streitkräfte für den Frieden** Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Inneren Führung

59 Wie können **Friedensforschung und Friedensbildung** Wissen schaffen und vermitteln?

61 Die **Zukunft der europäischen Sicherheit:** Kooperation oder Konfrontation?

64 **#friedenstweets**

66 Bedeutende **Ereignisse der Instituts- und Zeitgeschichte**

72 Impressum

Vorwort

der Direktorin Prof. Dr. Ursula Schröder

Liebe Leserinnen und Leser,

50 Jahre *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg* – das sind auch 50 Jahre Friedensforschung *made in Hamburg*. Am 11. Juni 1971 als Stiftung der Freien und Hansestadt Hamburg gegründet, stand von Beginn an das Zusammenspiel von Forschung und konkreter Bearbeitung aktueller friedens- und sicherheitspolitischer Herausforderungen im Zentrum der Arbeit des Instituts.

Der Fokus des IFSH auf die Analyse von Sicherheitsherausforderungen und Sicherheitspolitik war in der Friedensforschung lange ein Unikum. Bei uns ist er Teil des Selbstverständnisses des Hauses. Der Gründungsdirektor Wolf Graf von Baudissin war ein General – und Entwickler des Konzepts der Inneren Führung, des Bürgers in Uniform. Bis heute haben wir einen Dienstposten der Bundeswehr bei uns im Haus, um den Austausch zwischen Friedensforschung und Bundeswehr zu fördern. Und lange bevor der Begriff in aller Munde war, forschte das IFSH bereits interdisziplinär und schlug Brücken über bestehende Wissensgrenzen hinweg. So arbeiten bei uns Wissenschaftler:innen aus der Physik, der Informatik und aus den Sozialwissenschaften zusammen an den Herausforderungen und Chancen neuer Technologien für internationale Sicherheitspolitik.

Zum Selbstverständnis des IFSH gehört genauso die Erforschung kooperativer Friedens- und Sicherheitsstrategien und -institutionen. Was früher die Forschung zu kooperativer Rüstungssteuerung, gemeinsamer Sicherheit und Weltinnenpolitik war, sind heute Projekte zu Herausforderungen gesamteuropäischer Sicherheit, zur Frage der internationalen Rüstungskontrollarchitektur oder zum Verhältnis von Kooperation und Konflikt beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels.

Bei aller Kontinuität der Grundsätze gab und gibt es auch fundamentalen Wandel. Wo wir hinschauen, sehen wir Umbrüche, Transformationen und Krisensymptome: Der Krieg in der Ukraine und die anhaltende Pandemie haben uns gezeigt, wie fragil der Frieden auch in Europa ist und wie schnell internationale Kooperation brüchig wird – und wie sehr wir trotzdem davon abhängen. Die Pandemie hat uns auch vor Augen geführt, wie zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und Radikalisierung sowie der wachsende Vertrauensverlust in etablierte demokratische Verfahren zu Unsicherheit über die Grundlagen und die Zukunft des friedlichen Zusammenlebens auch in unseren Gesellschaften führen kann. Und nicht zuletzt: Die Klimakrise und der Verlust an Biodiversität verweisen auf die fortschreitende Zerstörung der Lebensgrundlagen auf unserem Planeten – mit potentiell massiven friedens- und sicherheitspolitischen Implikationen. Wir erleben heute also eine Zeit zunehmender Verunsicherung, in der lange Zeit stabile Sicherheitsgarantien in Frage gestellt werden und politische und gesellschaftliche Bedingungen des friedlichen Zusammenlebens sich verändern.

Frieden und Sicherheit sind vor diesem Hintergrund keine Spartenprobleme der deutschen Außenpolitik. Frieden und Sicherheit sind Zukunftsthemen unserer Zeit. Gerade heute sind Analysen und Bewertungen unabhängiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler daher unersetzlich, um zentrale politische und gesellschaftliche Debatten zu fundieren.

Manche Themen bearbeitet das Institut seit Jahrzehnten, andere wiederum kamen neu hinzu. Eine Erkenntnis aber ist uns in den 50 Jahren stets geblieben: Frieden und Sicherheit sind keine Selbstverständlichkeit. Ihre komplexen Grundlagen zu erforschen bleibt daher auch zukünftig die Aufgabe des IFSH – um weiterhin Orientierung bieten zu können und einen konkreten Beitrag zur Bearbeitung friedens- und sicherheitspolitischer Herausforderungen zu leisten.

Ihre Ursula Schröder

Grußwort

des Ersten Bürgermeisters Dr. Peter Tschentscher

© Ronald Sawatzki: Senatskanzlei Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hamburg ist eine internationale Metropole mit guten Beziehungen in alle Welt. In der Präambel unserer Verfassung heißt es, dass Hamburg „im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt“ sein soll.

Das Hamburger *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg* trägt dazu bei, diesem Anspruch gerecht zu werden. Auf wissenschaftlicher Grundlage befasst sich das Institut mit Fragen der Friedens- und Sicherheitsordnung, der Rüstungskontrolle und der Demokratie- und Klimaforschung. Das sind komplexe Themen, die sich fortlaufend weiterentwickeln und die eine grundlegende Bedeutung haben für unsere zukünftige Entwicklung, für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland, in Europa und weltweit.

Die Forschungsergebnisse des Instituts geben der Politik Orientierung, um kritische Entwicklungen besser zu verstehen und einzuordnen und so die richtigen Entscheidungen zu treffen. Seit seiner Gründung 1971 hat sich das IFSH zu einer international profilierten und anerkannten Stimme der Friedensforschung aus Hamburg entwickelt. Sein Name steht für herausragende Forschung, interdisziplinäre Lehre, praxisrelevante Beratung und einen offenen gesellschaftlichen Dialog. Im Namen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg gratuliere ich dem IFSH sehr herzlich zum 50-jährigen Jubiläum und bedanke mich bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft weiterhin alles Gute, viel Erfolg und auch Freude bei der Arbeit.

Grußwort

der Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank

Liebe Leserinnen und Leser,

als das *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg* vor 50 Jahren gegründet wurde, war die Welt eine andere. Seit 1971 mag sich viel getan haben, aber das IFSH hat mitnichten an Relevanz verloren.

Im Gegenteil: Es hat sich zu einem weltweit anerkannten Institut für Fragen zu Frieden und Sicherheit entwickelt. Es steht für exzellente Forschung, für eine bessere – und friedlichere – Welt. Von dieser Forschung profitieren seit vielen Jahrzehnten die Bundesregierung, Behörden, Parlamente und internationale Organisationen.

Manche Themen der Gründungstage, wie das Wettrüsten oder Nuklearwaffen, sind leider bis heute aktuell. Andere sind neu, etwa technologische Entwicklungen wie Cyberangriffe oder autonome Waffen. Gesellschaftlich stellen uns zunehmende Polarisierung und der Aufstieg von Populisten vor neue Herausforderungen. Unter anderem, weil sie die internationale Kooperation von Grund auf hinterfragen oder gar blockieren und damit auch den Konsens in der Politik gefährden.

Klar ist deshalb: Es sind vielschichtige Expertisen gefragt. Forschende unter anderem der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Physik und der Informatik arbeiten hier Hand in Hand und setzen neue Impulse.

Das IFSH erforscht Themen, die unsere Welt bewegen und ist ein entscheidender Akteur für den wissenschaftlichen Diskurs, die fachliche Beratung für die Politik und nicht zuletzt die gesellschaftspolitische Debatte. Ich gratuliere dem IFSH ganz herzlich zum 50. Jubiläum. Mein Dank gilt allen Mitarbeitenden für ihren wertvollen Beitrag in Hamburg und der Welt. Ich freue mich auf die Zukunft, auf spannende gemeinsame Projekte und auf einen hoffentlich friedenstiftenden Dialog.

Herzliche Grüße,
Ihre Katharina Fegebank

Wie wir wurden, was wir sind:

Das IFSH-Hauptgebäude in Hamburg.

50 Jahre IFSH

Ein kurzer Abriss der Institutsgeschichte

Barbara Renne

1971: Die Welt ist in zwei Blöcke geteilt. Der Osten und der Westen stehen sich feindlich gegenüber. Ihr politischer und ideologischer Machtkampf manifestiert sich vor allem in einem gewaltigen Arsenal an Nuklearwaffen, das zur Zeit des Kalten Krieges gemeinhin als das „Gleichgewicht des Schreckens“ bezeichnet wurde. Das waren die zeitgeschichtlichen Rahmenbedingungen, unter denen das IFSH gegründet wurde. Der damalige Bundespräsident höchstpersönlich war es, der sich bei seinem Amtsantritt 1969 für eine Stärkung der Friedensforschung als akademische Disziplin aussprach.

> „Der Krieg wurzelt offensichtlich weniger (...) in den Gesinnungen der Einzelnen, als vielmehr in den Ordnungen und Unordnungen der Gemeinschaften. ...

Gustav Heinemann
Bundespräsident (1969–1974)

In seiner Antrittsrede forderte Gustav Heinemann, die Institutionalisierung der noch jungen Disziplin weiter voranzutreiben. Im anglo-amerikanischen Raum waren bereits in den 1950er Jahren Friedensforschungsinstitute gegründet worden. Und so plädierte auch der Wissenschaftsrat 1970 dafür, die „friedensrelevante Forschung verstärkt zu fördern“. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Themen, so war der Wunsch, sollte mit dazu beitragen, die politische Debatte zu versachlichen und Lösungsansätze aufzuzeigen. Insbesondere Carl Friedrich von Weizsäcker, Professor für Philosophie an der Universität Hamburg, hatte sich maßgeblich für die Gründung eines Friedensforschungsinstituts in Hamburg stark gemacht. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg kam dem Wunsch nach. Am 11. Juni 1971 wurde das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, kurz IFSH, gegründet. Der erste Institutssitz war eine Villa auf einem Hügel hoch über der Elbe in Hamburg-Blankenese.

Die Gründung im Jahr 1971: Das Hamburger Friedensforschungsinstitut wagt einen ganz neuen Ansatz

Das IFSH war nicht das einzige Friedensforschungsinstitut, das Anfang der 1970er Jahre in Deutschland gegründet wurde. Aber es war das Institut, das einen neuen Brückenschlag wagte – den zwischen Friedensforschung und Militär. Ein Friedensforschungsinstitut, das von einem hohen Offizier geleitet wurde – so etwas hatte es bislang noch nicht gegeben. Mit Wolf Graf von Baudissin sollte das Institut einen Gründungsdirektor bekommen, der zuvor in den 1950er Jahren die Bundeswehr mitbegründet und durch seine Idee der „Inneren Führung“ bis heute maßgeblich geprägt hat.
Die Forschung am IFSH sollte praxisorientiert sein, forderte der General: „Zweck der Forschung ist nicht die Beseitigung der Konflikte, das wäre illusionär, sondern ihre Versachlichung, die gleichzeitig Humanisierung bedeutet, und vor allem ihr Austrag mit einem Minimum an Gewaltanwendung. Für dieses Ziel gilt es, Modell, Strategien, Strukturen und Verfahrensweisen zu entwickeln“.

Das Gründungsteam war klein, es bestand zunächst nur aus einem halben Dutzend Wissenschaftler:innen. Trotzdem wurde das IFSH schnell über die Grenzen Hamburgs hinaus bekannt.

1984: Egon Bahr wird neuer Institutsdirektor

Auf einen Bundeswehrgeneral folgte im Direktorenamt eine gestandene und prominente Politikerpersönlichkeit: Egon Bahr, Minister a.D., Verfechter der deutsch-deutschen Annäherung und Entspannungspolitik, übernahm 1984 die Leitung des Instituts. Bahr war Mitglied der sogenannten Palme-Kommission gewesen, die Anfang der 1980er Jahre unter dem Vorsitz des schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme nach Lösungen für mehr Sicherheit in Europa suchte. Das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ entstand. Es betonte die Interdependenzen und die gemeinsame Verantwortung von Staaten und propagierte, dass Sicherheit mitstatt gegeneinander gesucht werden sollte. In den Folgejahren waren die IFSH-Wissenschaftler:innen maßgeblich an der Ausarbeitung dieses Konzepts beteiligt, das letztendlich zu den Kernprinzipien der KSZE und schließlich OSZE wurde.

Die 1990er Jahre: Mitten in Europa gibt es wieder Kriegstote

Auch nach der weltpolitischen Zeitenwende Ende der 1980er Jahre blieben die Grundsatzfragen der europäischen Sicherheit das zentrale Forschungsfeld des IFSH. In Südosteuropa brach eine Serie verheerender Kriege aus. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg gab es mitten in Europa wieder Kriegstote. Die Russland- und Osteuropaforschung wurde in den 1990er Jahren ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt des Instituts. Im Jahr 2000 wurde im Beisein des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau das *Zentrum für OSZE-Forschung*, kurz CORE, ins Leben gerufen, eine weltweit einzigartige Forschungsstelle, die die Arbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) in Europa wissenschaftlich begleitet und auswertet.

Die 2000er Jahre: Akademisierung, Aufbruch und Neuausrichtung

Ein wichtiger Meilenstein in der Institutsgeschichte war das Jahr 2002. Als eines der ersten Institute in Deutschland führte das IFSH den postgradualen Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ ein. Seitdem durchlaufen jedes Jahr rund 25 junge Hochschulabsolvent:innen den einjährigen Masterstudiengang, der sich durch die Internationalität seiner Studierenden und die Interdisziplinarität des Lehrangebots auszeichnet.

> … Seine Ursachen sind trotz der jeweiligen Kriegsgewinnler nicht nur privater, sondern politischer Natur. Sie erwachsen aus Gewohnheiten, Vorurteilen, Sozialordnungen und Herrschaftsformen. Deshalb brauchen wir eine Erforschung dieser Zusammenhänge. Wir brauchen eine Friedensforschung.“

2003 wurden das *Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien* (ZEUS) und die *Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Rüstungskontrolle und Risikotechnologien* (IFAR²) gegründet. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 waren zudem neue, nicht-militärische sicherheitspolitische Bedrohungen und Risiken ins Bewusstsein gerückt: der globale Terrorismus und der religiöse Extremismus. In den Folgejahren kamen die Veränderungen durch den Klimawandel und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen durch die Globalisierung hinzu. Auch sie sind mittlerweile fester Bestandteil der Forschungsagenda.

Senatsempfang im Hamburger Rathaus am 21. Mai 2019 anlässlich des Starts des Forschungs- und Transferprojekts „Rüstungskontrolle und Neue Technologien".

Und: Das IFSH rückte in den 2000er Jahren näher an die Universität Hamburg heran, auch räumlich. Nach 36 Jahren verließ das IFSH das idyllische Villengrundstück am Blankeneser Falkenstein oberhalb des Elbufers und zog 2007 an den Schlump, nur wenige Gehminuten vom quirligen und lebhaften Universitätscampus entfernt.

Ähnliche Forschungsthemen wie in den Gründungsjahren

Eine Menge ist also in den vergangenen fünf Jahrzehnten im, mit und auch durch das IFSH passiert. Vieles hat sich geändert, anderes wiederum nicht. Die Sicherheit in Europa und weltweit ist erneut bedroht. Aus den zwei Protagonisten von einst, den USA und der damaligen Sowjetunion, sind mittlerweile mehrere Akteure geworden. Weltweit wird wieder aufgerüstet. Noch mehr Staaten sind mittlerweile im Besitz von Atomwaffen. Weltweit wird mehr für Rüstung ausgegeben als zu den Zeiten des Kalten Krieges. Hinzu kommt der rasante technische Fortschritt, etwa im Bereich der Künstlichen Intelligenz und der Robotik, der ebenfalls friedens- und sicherheitspolitische Risiken birgt. Hier setzt die Arbeit des interdisziplinären Forschungsbereichs *Rüstungskontrolle und Neue Technologien* an. 2019 gelang es dem Institut vom Auswärtigen Amt den Zuschlag für ein mehrjähriges Großprojekt zu bekommen. Damit zählt Hamburg europaweit zu einem der bedeutendsten wissenschaftlichen Kompetenzzentren für Rüstungskontrolle und neue Technologien.

Neue Forschungsschwerpunkte kommen hinzu

Ein weiterer Forschungsbereich beschäftigt sich gezielt mit der Sicherheit in Europa und an seinen Außengrenzen. Die Mitarbeiter:innen des Forschungsbereichs *Europäische Friedens- und Sicherheitsordnungen* gehen der Frage nach, wie es um das Friedensprojekt Europa bestellt ist, wie die OSZE Krisenregionen stabilisieren kann und wie internationale Polizeimissionen in Konflikt- und Postkonfliktstaaten wirken. Neben sicherheitspolitischen Themen im engeren Sinne rückten in den vergangenen Jahren zunehmend auch innenpolitische Herausforderungen und gesellschaftliche Verwerfungen in den Fokus der Friedensforschung. Anti-liberale und extremistische Bewegungen, angefeuert durch Hass und Hetze im Internet, gefährden in den westlichen Demokratien den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese neuen Probleme untersucht der Forschungsbereich *Gesellschaftlicher Frieden und Innere Sicherheit*.

Auch der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Krisen und Konflikte weltweit sind mittlerweile Gegenstand diverser Forschungsprojekte am IFSH. Unter anderem im Rahmen des *Exzellenzclusters Klima, Klimawandel und Gesellschaft* (CliCCS) der Universität Hamburg analysieren IFSH-Wissenschaftler:innen den Zusammenhang von Sicherheit und globalen Umweltveränderungen.

Wie funktioniert Frieden?

Große Stärke und Alleinstellungsmerkmal des Instituts ist seine Interdisziplinarität. Forscher:innen unterschiedlicher Fachdisziplinen beleuchten ein Thema oder eine Fragestellung aus unterschiedlichen Perspektiven. Dies geschieht nicht nur innerhalb, sondern auch zwischen den einzelnen Forschungsbereichen. Im neuen Arbeitsprogramm *Doing Peace!* gehen IFSH-Wissenschaftler:innen themenbereichsübergreifend einer sehr grundsätzlichen Frage nach: Wie funktioniert eigentlich Frieden? In Zusammenarbeit mit lokalen Kultur- und Bildungseinrichtungen untersuchen sie dabei direkt vor Ort, in Schulen, in den Stadtteilen oder bei der Bürgerbeteiligung in der Landespolitik, was die gesellschaftlichen Bedingungen für ein friedliches Miteinander sind und wie Konflikte konstruktiv gelöst werden können.

Die Konstitutionsbedingungen von Frieden sind vielfältig und komplex. Sie zu erkennen und zu verstehen ist die Grundvoraussetzung für Frieden – sowohl im Stadtteil nebenan als auch in den Krisengebieten der Welt.

Das Team des IFSH

Im Jubiläumsjahr 2021 arbeiteten am IFSH: Reem Ahmed, Stephen Albrecht, Elanur Alsaç, Christian Alwardt, Cornelia Baciu, Adrian Barchet, Aline Bartenstein, Clara Baschant, Anastasiya Bayok, Ann-Kathrin Benner, Isabel Billmeier, Beatrice von Braunschweig, Lea Brost, Wiebke Bolz, Viktoria Budde, Anja Dahlmann, Marten Ennen, Frank Evers, Marina Favaro, Christopher Fichtlscherer, Britta Fisch, Cornelius Friesendorf, Pia Fuhrhop, Anna Gleiser, Alexander Graef, Sara Hadley, Fabian de Hair, Mischa Hansel, Alexandra Harm, André Härtel, Hendrik Hegemann, Regina Heller, Pauline Helms, Lina-Marieke Hilgert, Elisabeth I-Mi Suh, Margret Johannsen, Martin Kahl, Argyro Kartsonaki, Alexander Kelle, Theres Klose, Madeleine Köhler, Anna Kreikemeyer, Ulrich Kühn, Barbara Kunz, Moritz Kütt, Maximiliane Linde, Fynn Manthey, Oliver Meier,

Naida Mehmedbegović Dreilich, Oliver Merschel, Philipp Neubauer, Emilia Neuber, Holger Niemann, Jessica Noll, Sonja Objartel, Janina Pawelz, Nina Perkowski, Johanna Polle, Lena Pollmann, Fernando Preusser de Mattos, Jochen Rasch, Frank Reininghaus, Neil Renic, Barbara Renne, Melina Roeder, Elvira Rosert, Meike Roth, Delf Rothe, Ute Runge, Eckhard Schlopsna, Patricia Schneider, Ursula Schröder, Fabiola Schwarz, Alona Shestopalova, Jantje Silomon, Franziska Stärk, Caroline Taylor, Tim Thies, Anselm Vogler, Sayed Maisam Wahidi, Carsten Walter, David Waziri, Marie Wredenhagen, Maren Vieluf, Franziska Wunderlich.
Nicht alle Kolleg:innen sind mit einem Foto vertreten.

„Das IFSH leistet einen wertvollen Beitrag zum deutschen Verfassungsauftrag, dem Frieden in der Welt zu dienen."

Niels Annen

Staatsminister im Auswärtigen Amt

(im Juni 2021)

© picture alliance / NurPhoto | Achille Abboud

Turbulente Zeiten als Impuls für die Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung

Ursula Schröder
Holger Niemann

Im November 2020 gerät in Berlin eine Demonstration gegen die Corona-Auflagen der Bundesregierung außer Kontrolle. Rechtsextreme Gruppen nutzen die aufgeheizte Stimmung für ihre Propaganda.

Das 50-jährige Jubiläum des IFSH ist mehr als nur ein Institutsgeburtstag. Es steht auch für die wechselhafte Entwicklungsgeschichte der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland, die durch die weitreichenden gesellschaftlichen und politischen Transformationen der vergangenen Jahrzehnte geprägt wurde. Die Etablierung der Friedens- und Konfliktforschung folgte einer Überzeugung der späten 1960er und 1970er Jahre, den Sozialwissenschaften eine größere gesellschaftliche und politische Rolle zuzuschreiben. Es ist daher kein Zufall, dass wichtige Institutionen des Felds in diesen Jahren gegründet wurden. Dazu gehören mit der *Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung* (1970) und der *Berghof Stiftung für Konfliktforschung* (1971) zwei Institute, mit denen das IFSH bis heute eng zusammenarbeitet. Daneben haben zuletzt vor allem die politischen Umbrüche der 1990er Jahre neue institutionelle Entwicklungsimpulse gegeben. Dies spiegelt sich beispielsweise in den Gründungen des *Instituts für Entwicklung und Frieden* (1990) und des *Bonn International Center for Conversion* (1994) wider, deren thematische Schwerpunkte auf die Bedeutung neuer Formen der Kriegsführung

oder interdependente Konfliktursachen nach dem Ende der Blockkonfrontation verweisen. Die Etablierung fachspezifischer Studiengänge – wie am IFSH im Jahr 2002 – und die Gründung der *Deutschen Stiftung Friedensforschung* um die Jahrtausendwende stellen den bisherigen Abschluss dieser Entwicklung dar. Trotz vieler Unterschiede wurden die Aufträge all dieser Institute wesentlich durch konkrete politische und gesellschaftliche Problemlagen begründet.

Politisch und gesellschaftlich turbulente Zeiten

Die vergangenen Jahre zeigen also keine zufällige Häufung von Institutsjubiläen, sondern sie sind auch Ausdruck eines Phasenübergangs. Der erfolgt in einer Zeit erneuter politischer und gesellschaftlicher Turbulenzen, die durch besondere Komplexität und Unsicherheit geprägt sind. Wissenschaftliche Expertisen aus der Friedens- und Konfliktforschung zu diesen Herausforderungen sind daher heute wieder in besonderem Maße gefordert. Möchte die Friedens- und Konfliktforschung auch zukünftig eine gesellschaftlich und politisch relevante Wissenschaft sein, muss sie diese Umbrüche für eine Reflexion ihrer methodischen und theoretischen Grundlagen nutzen.

Der gesellschaftliche Frieden rückt in den Mittelpunkt

Erstens ist dies die (Rück-)Besinnung auf Herausforderungen des gesellschaftlichen Friedens und der inneren Sicherheit. Während die Forschung einen umfangreichen Wissensbestand zu den Erfolgsbedingungen multilateraler Kooperationsmechanismen oder lokalen Friedensbildungsprozessen in außereuropäischen Regionen hat, wissen wir vergleichsweise wenig über die Bedingungen und Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben hier vor Ort. In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung und der Infragestellung grundlegender demokratischer Prinzipien, etwa die Nichtanerkennung von Wahlergebnissen oder die Popularität von Verschwörungstheorien, erscheint eine stärkere Fokussierung auf die Grundlagen gesellschaftlichen Friedens daher unabdingbar.

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien als Herausforderung

Zweitens muss die Friedens- und Konfliktforschung die schnelle Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien stärker reflektieren. Die weitreichende Digitalisierung zahlreicher Lebensbereiche, die Entwicklung sog. „neuer Technologien“ und die mit ihnen verbundenen Chancen und Risiken werden auch

die Friedens- und Sicherheitspolitik fundamental verändern. Neben den Risiken muss die Forschung auch das Potential neuer Technologien für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, für neue Formen demokratischer Partizipation auf globaler Ebene oder für den Schutz von Zivilist:innen und militärischem Personal in den Blick nehmen.

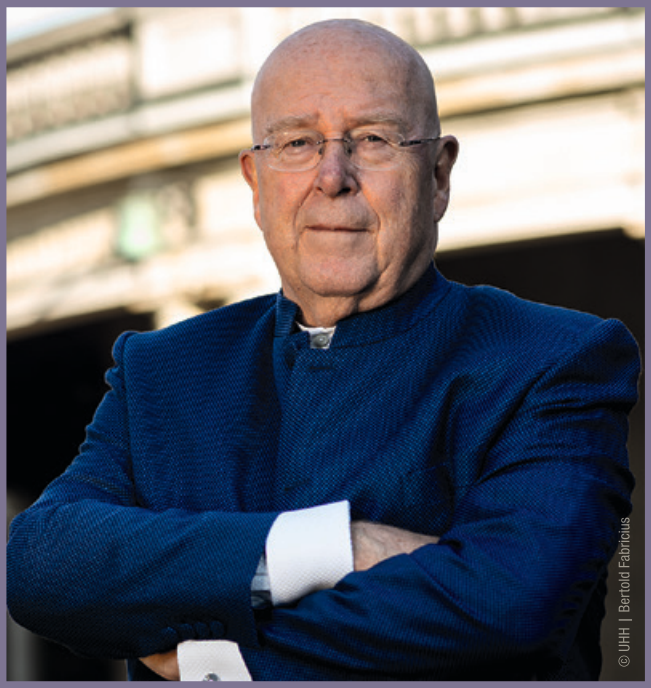
Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Sicherheit weltweit

Drittens kommt die Friedens- und Konfliktforschung nicht umhin, sich mit den größten epochalen Herausforderungen unserer Zeit zu beschäftigen: den Folgen der Klimakrise und des Biodiversitätsverlusts. Wir wissen mittlerweile, dass es einen Zusammenhang zwischen Klimaveränderungen, gesellschaftlicher Vulnerabilität und politischen Instabilitäten gibt. Die Friedens- und Konfliktforschung muss hier Nachhaltigkeit im doppelten Sinne beforschen: Indem sie das friedens- und sicherheitspolitische Potenzial einer Politik der Nachhaltigkeit untersucht und damit auch Voraussetzungen und Bedingungen für einen nachhaltigen Frieden identifizieren kann.

Neue Zielgruppen im Blick

Schließlich sollte die Friedens- und Konfliktforschung Vielfalt und Diversität als Chance für innovative und gesellschaftlich relevante Forschungsansätze verstehen. Dies gilt mit Blick auf heterogene globale Wissensbestände, die eine „Provinzialisierung“ europäischen Wissens erfordern. Es gilt aber auch mit Blick auf die Frage, wer eigentlich die Adressat:innen unserer Forschung sind und wie sehr sich das Feld für gesellschaftliche Akteure öffnen möchte. Die Nutzung neuer partizipativer Methoden, etwa durch die aktive Einbeziehung von Bürger:innen in den Forschungsprozess durch die gemeinsame Identifikation von Problemlagen, bieten das Potenzial, auch den Forschungsprozess selbst diverser und repräsentativer zu machen.

Die gegenwärtigen Umbrüche sind tiefgreifend und verlangen von der Friedens- und Konfliktforschung die Suche nach neuen Fragen, Erklärungsansätzen und Methoden. Der Blick in die Geschichte des Felds zeigt aber: Vieles davon ist so neu wiederum vielleicht gar nicht. Turbulente Zeiten gaben bereits früher wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung und sollten es auch zukünftig tun.



© UHH | Bertold Fabricius

„Das IFSH begleitet, es analysiert und kommentiert die Bedrohungen von Sicherheit und Frieden stets mit großer Expertise, immer auf der Suche danach, was die Welt unsicher macht, wie man dem entgegenwirken kann und welche Bedingungen für ein friedliches Miteinander nötig sind und wie Konflikte konstruktiv und nicht kriegerisch gelöst werden können."

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Lenzen
Präsident der Universität Hamburg
(im Juni 2021)

© picture alliance / dpa | Ulrich Perrey

Die Anschläge vom 11. September 2001 setzten beim IFSH neue Forschungsschwerpunkte.

Vom „War on Terror“ zum gesellschaftlichen Frieden

Hendrik Hegemann
Martin Kahl

Bereits in der frühen Arbeit des IFSH spiegelte sich die Annahme, dass Frieden und Sicherheit auch innerhalb demokratischer Gesellschaften an bestimmte Bedingungen geknüpft und nicht selbstverständlich sind. Wolf Graf von Baudissins Idee von Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“ etwa diente in erster Linie der Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses der Streitkräfte und ihrer Verankerung in der demokratischen Gesellschaft; sie sollte aber auch selbst Bestandteil einer breiteren Demokratisierung dieser Gesellschaft sein. Dennoch konzentrierte sich die Arbeit am Institut unter dem Eindruck des Ost-West-Konflikts zunächst vor allem auf die Analyse von (Un-)Frieden und (Un-)Sicherheit zwischen Staaten. Nach dem Ende dieser Phase erweiterte das IFSH seine Forschungen in einem ersten Schritt auf Prozesse der Demokratisierung

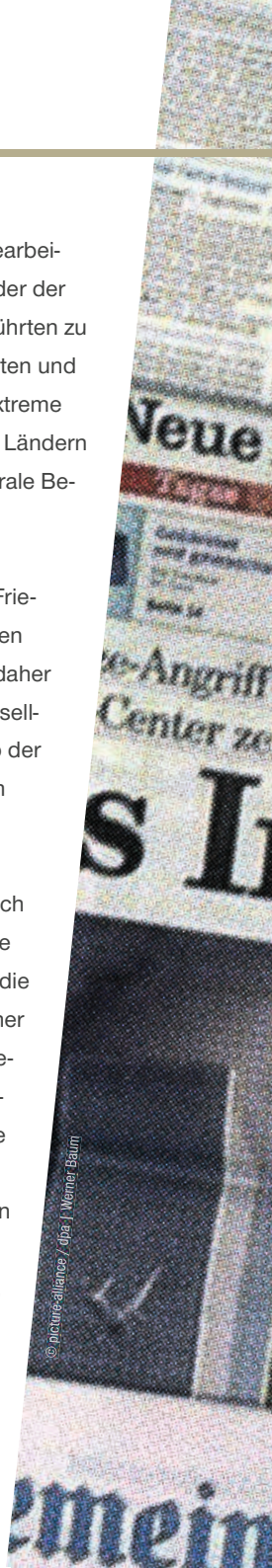
und des innergesellschaftlichen Ausgleichs in (Post-) Konfliktgesellschaften an der europäischen Peripherie, etwa in der Folge der Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien.

Mit Beginn des neuen Jahrtausends rückten dann insbesondere die Anschläge vom 11. September 2001 ein erweitertes Spektrum an Gewaltphänomenen und Bedrohungsdiskursen in den Fokus. Viele dieser Herausforderungen, allen voran der transnationale Terrorismus, ließen sich nicht mehr eindeutig dem Bereich der äußeren oder inneren Sicherheit zuordnen. Das IFSH reagierte darauf mit einem neuen Forschungsprogramm zur „Transnationalisierung von Gewaltrisiken“. Unter der Überschrift „Security Governance“ untersuchte dieses Programm unter anderem, wie westliche Demokratien Sicherheit unter sich wandelnden Bedingungen zu gewährleisten versuchen, etwa indem sie einzelne Sicherheitsaufgaben an private Akteure auslagern oder neue Formen der Risikoanalyse nutzen.

Ein wesentlicher Fokus der Arbeit am Institut lag zu dieser Zeit auf der kritischen Analyse des „War on Terror“. In diesem Kontext rückte auch das Verhältnis von Sicherheit, Freiheit und Demokratie in den Blickpunkt. Ein DFG-Projekt untersuchte etwa politische Rechtfertigungsmuster bei der Einschränkung von Freiheitsrechten. Den 20. Jahrestag von „9/11“ nutzten die Mitarbeiter:innen des Instituts in verschiedenen Formaten als Gelegenheit, um Bilanz zu ziehen, aber auch um bleibende und neue Herausforderungen des Umgangs mit terroristischer Gewalt zu diskutieren. Dies betrifft etwa die demokratische Kontrolle der Nachrichtendienste, die nach 2001 massiv ausgebaut wurden.

In den vergangenen Jahren hat sich das Themenspektrum der Forschung am IFSH nochmals erweitert. Hintergrund waren Entwicklungen, die Brüche und Polarisierungen innerhalb europäischer Gesellschaften zu Tage förderten und in einigen Fällen auch mit manifester Gewalt einhergingen. Politische Entscheidungen zur Bearbeitung der Euro- und Finanzkrise oder der sogenannten „Flüchtlingskrise“ führten zu – teilweise gewalttätigen – Protesten und Auseinandersetzungen. Rechtsextreme Gewalttaten nahmen zu, in vielen Ländern bekamen populistische und illiberale Bewegungen regen Zulauf.

Im IFSH-Forschungsprogramm „Friedensstrategien an den Bruchstellen der Globalisierung“ untersuchte daher die Arbeitsgruppe „Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale“, ob der „demokratische Frieden“ vor dem Hintergrund von Globalisierungsverwerfungen und zunehmenden gesellschaftlichen Spaltungen auch in seiner ursprünglichen Kernzone erodieren könnte. Dabei gewann die Forschung zu rechtsextremistischer Radikalisierung und Gewalt an Bedeutung. Das Team des IFSH entwickelte hier besondere Expertise zur Rolle des Internets und der sozialen Medien, etwa im Rahmen des BMBF-geförderten Projektes *PANDORA*. Es sei daran erinnert, dass sich im IFSH-Jubiläumsjahr 2021 auch die Anschläge in Oslo und auf der Insel Utøya



durch Anders Behring Breivik sowie die Aufdeckung der Taten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zum zehnten Mal jährten.

Vor diesem Hintergrund hat sich das IFSH 2018 entschieden, einen eigenen Forschungsbereich mit dem Titel *Gesellschaftlicher Frieden und Innere Sicherheit* zu gründen. Diesem liegt ebenfalls die Annahme zugrunde, dass Frieden und Sicherheit auch innerhalb etablierter Demokratien fragil sind, allerdings aus anderen Gründen als zu Zeiten Baudissins. Der Forschungsbereich ist inzwischen fest in der Arbeit des Instituts etabliert. Aktuell untersucht das Team vor allem, wie Sicherheit und Frieden innerhalb demokratischer Gesellschaften unter den Bedingungen der Globalisierung und innergesellschaftlicher Polarisierung ausgestaltet werden können. Die Wissenschaftler:innen erforschen zudem, ob und wie illiberale, antipluralistische Bewegungen demokratische Gesellschaften herausfordern und welche neuen Gewaltpotenziale damit verbunden sind. Sie analysieren aber auch, wie Staaten und Gesellschaften auf diese Entwicklungen reagieren und welche Probleme sich dabei abzeichnen, etwa mit Blick auf das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit. Konkret beschäftigt sich zum Beispiel ein vom BMBF-gefördertes Projekt mit dem politischen und gesellschaftlichen Umgang mit dem radikalen Islam.

Ein weiteres BMBF-gefördertes Projekt analysiert, wie europäische Institutionen versuchen, den Zusammenhalt in und zwischen europäischen Gesellschaften zu fördern, indem sie ein umfassendes Sicherheits- und Schutzversprechen als neues Leitnarrativ europäischer Integration etablieren. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen gesellschaftlichen und politischen Diskussionen verdeutlichen, wie relevant diese Themen sind und aller Voraussicht nach auch bleiben werden. Auf absehbare Zeit wird dem IFSH und seinen Mitarbeiter:innen nach 50 Jahren also auch in diesem Feld die Arbeit kaum ausgehen.

Update verfügbar

Die Weiterentwicklung gesellschaftlicher Friedenssicherung im Cyberraum

Mischa Hansel
Jantje Silomon

Cybersicherheit ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.

Mit der fortschreitenden Digitalisierung wird Cybersicherheit zur Grundvoraussetzung dafür, dass Gesellschaften sicher und frei leben können. Das wurde im Mai 2021 überdeutlich, als Cyberkriminelle u. a. an der Ostküste der USA große Teile der Gasversorgung beeinträchtigten und in Irland Krankenhäuser dazu zwangen, auf die Notversorgung umzustellen. Doch es sind nicht nur Cyberkriminelle, die zur gesellschaftlichen Bedrohung werden. Zunehmend wird der Cyberraum auch für militärische Angriffe genutzt und es gibt vermehrt Hinweise auf staatliche Cyberoperationen gegen kritische Infrastrukturen anderer Länder, zum Beispiel Angriffe auf die Impfstofflogistik oder die Stromversorgung.

Dass neue Technologien die Gesellschaften verwundbarer machen, ist für die Friedens- und Konfliktforschung nichts Neues. Das galt bereits für die Entstehung von Atomwaffenarsenalen und reicht

bis in die Gegenwart, in der neue Technologien auch zu terroristischen Zwecken eingesetzt werden. Schon seit ihrem Beginn hat die Friedensforschung dafür geworben, dass diese Risiken nicht primär durch Aufrüstung, die Vorwegnahme oder Androhung von Gewalt bewältigt werden können. Noch steckt die Erforschung von Cybersicherheitsdynamiken zwar in den Kinderschuhen. Erste Erkenntnisse über die Krisendynamik im Cyberraum oder über die Wirkung des amerikanischen Konzeptes der „Vorwärtsverteidigung“ lassen aber erahnen, dass sich die Erfahrungen der Friedensforschung auch im Cyberraum bestätigen.

In anderer Hinsicht, wenn es um friedensförderliche Beiträge gesellschaftlicher Akteur:innen geht, zeigt der Cyberraum vielfach ganz neue Potentiale auf. Diese sollten auf nationaler und transnationaler Ebene noch besser vernetzt werden, um Frieden und Stabilität im Cyberraum zu fördern. Genau da setzt der IFSH-Forschungsschwerpunkt *Internationale Cybersicherheit* an, der vom Auswärtigen Amt gefördert wird. Ein zentrales Ziel des Projektes ist es, neue Instrumente und Partnerschaften der Friedenssicherung im Cyberraum zu untersuchen und die Politik diesbezüglich zu beraten.

Frühwarnung und Krisenhilfe

Seit der Frühphase des Internets gab es eine stark vernetzte und transnational organisierte technische Community. Im Gegensatz zu Expert:innengemeinschaften in anderen Politikfeldern wie der nuklearen Rüstungskontrolle, die Politik vorwiegend indirekt, durch Schaffung eines gemeinsamen Problembewusstseins beeinflussen, tragen Netzwerke der IT-Community unmittelbar und vielfach selbstorganisiert zur Frühwarnung und Krisenhilfe bei: Etwa durch die pragmatische und grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Computersicherheitsteams diverser Organisationen oder durch gemeinsame Plattformen zum Austausch über neuartige Angriffsmethoden und Best Practices der Krisenreaktion.

Normbildung

Die Verpflichtung aller UN-Mitgliedsstaaten auf elf sogenannte Normen verantwortlichen Staatenverhaltens im Jahr 2015 gilt zu Recht als Meilenstein internationaler Cybersicherheitspolitik. Die Bedeutung dieser Normen rührt allerdings auch daher, dass sie durch ergänzende Initiativen nichtstaatlicher Akteure, bspw. von Forschungsinstituten oder auch Unternehmen, bekräftigt, konkretisiert und erweitert worden sind. Insofern knüpft die Normbildung

im Cyberraum zwar nicht nahtlos an erfolgreiche nichtstaatliche Kampagnen wie jene zum Verbot von Landminen an, sie ist aber dennoch alles andere als staatszentriert.

Transparenz

Um Normverstöße wie beispielsweise Angriffe auf kritische Infrastrukturen ahnden zu können, muss zuerst festgestellt werden, wer dafür verantwortlich ist. Dafür braucht es erhebliche Kompetenzen und Ressourcen. Während die Nachrichtendienste großer Cybermächte dazu in der Lage sind, gibt es keine international anerkannten Standards, geschweige denn ein gemeinsames Verfahren für die Attribution von Cyberattacken. Allerdings können auch private Cybersicherheitsfirmen wie FireEye oder Kasperski, Forschungseinrichtungen wie das Citizen Lab der Universität Toronto oder auch einzelne Analyst:innen beachtliche Analysefähigkeiten vorweisen. Die Tatsache, dass sich Staaten immer häufiger öffentlich auf diese privaten Analysen stützen, deutet auf einen beachtlichen Autoritätsgewinn dieser gesellschaftlichen Akteure hin, der produktiv genutzt werden sollte. In Zukunft könnte daraus ein globales und anerkanntes Netzwerk für die Aufklärung von Cybervorfällen entstehen. Erste Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch und auch die Geschichte der Rüstungskontrolle bietet einige Vorbilder, etwa die Nutzung unabhängiger Forschungslabore im Rahmen der Chemiewaffenkonvention. Nun gilt es, ähnliche Ideen für den Cyberraum schrittweise umzusetzen.

Non-Proliferation auf der Mikro-Ebene

Schließlich tragen gesellschaftliche Akteur:innen im Cyberraum aktiv dazu bei, neue digitale Verwundbarkeiten zu entdecken, diese zu melden und Angreifer:innen damit die Grundlage ihrer Fähigkeiten zu nehmen, indem bislang unbekannte Schwachstellen erkannt und diese Sicherheitslücken geschlossen werden. Das geschieht etwa im Rahmen von Bug Bounty-Programmen, die mit Preisgeldern für die Entdeckung solcher Schwachstellen locken. Sogenannte White-Hat-Hacker, die sich daran beteiligen, beklagen allerdings die fehlende Rechtssicherheit ihrer Aktivitäten oder sie misstrauen dem Staat, der selber Schwachstellen zurückhält, um sie bspw. im Rahmen polizeilicher Ermittlungen nutzen zu können. Das zeigt, dass im Verhältnis zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren noch einiges getan werden muss, sowohl innenpolitisch als auch auf der internationalen Ebene, um Frieden und Stabilität im Cyberraum zusammen zu stärken.

„Wenn es der Friedensforschung gelingt, ihre Kenntnisse und ihre Haltung in die Mitte der Gesellschaft zu tragen, dann können wir gemeinsam den nötigen politischen Druck aufbauen, damit die Existenz von Atomwaffen in der Menschheitsgeschichte eine kurze Ausnahmeepisode bleiben wird."

Ole von Uexküll

Geschäftsführender Direktor der Right Livelihood Foundation

© Right Livelihood | Mikaela Fredrikson

Der Klimawandel hat nicht nur Auswirkungen auf die Umwelt. Die Erderwärmung zerstört die Lebensgrundlagen vieler Menschen und dies wiederum hat Auswirkungen auf die Sicherheit weltweit. Hier setzt die Klimasicherheitsforschung an, sie untersucht die Zusammenhänge von Klimawandel und Sicherheit. Mittlerweile ist sie fester Bestandteil der IFSH-Forschungsagenda. Dr. Delf Rothe hat am Institut das DFG-Projekt „The Knowledge of Security in the Anthropocene" geleitet, das bis Dezember 2021 lief. Er erklärt, wie der Klimawandel als Thema in die Friedens- und Sicherheitsforschung kam und wie die Wissenschaft helfen kann, die drängenden Fragen der Zeit zu beantworten.

© IFSH

Dr. Delf Rothe erforscht die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels.

Interview mit Dr. Delf Rothe

„Hamburger Forschung zur Klimasicherheit war sehr früh an vielen Themen dran"

Was genau untersucht ein Friedensforschungsinstitut am Klimawandel und seinen Folgen?

Ganz allgemein: Die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen dem menschengemachten Klimawandel auf der einen Seite und Frieden und Sicherheit auf der anderen. Darunter fällt etwa die Frage, inwiefern der Klimawandel gewaltsame Konflikte oder Situationen regionaler Instabilität, wie wir sie etwa in der Sahelzone vorfinden, verstärken kann. Darüber hinaus geht es aber auch darum, unter welchen Bedingungen umweltbezogene Konflikte – etwa um knappe Ressourcen wie Wasser – kooperativ und friedlich ausgetragen werden können. Schließlich steht auch die Frage, wie Sicherheits- und Verteidigungsakteur:innen mit den Bedrohungen durch den Klimawandel umgehen, im Zentrum unserer Forschung.

Zu welchem Zeitpunkt wurden die Friedensforscher:innen des IFSH auf das Thema aufmerksam?

Im Vergleich mit vielen anderen Friedensforschungsinstituten schon sehr früh – zu Beginn des neuen Jahrtausends. Wie es oft der Fall ist, ging das auf persönliche Initiativen und Kontakte zurück. Dieter Lutz, der damalige Direktor des IFSH, hatte sich in den Jahren vor seinem plötzlichen Tod 2003 zunehmend mit den globalen Bedrohungen für Frieden und Sicherheit beschäftigt. Einige bekannte Klimawissenschaftler in der Stadt, wie Hans von Storch oder Martin Claussen, teilten die Sorge, dass sich der Klimawandel negativ auf die internationale Sicherheit auswirken könne. So kam es, dass Klimasicherheit als Forschungsthema und das IFSH als Partnerinstitut in den Antrag für das Hamburger Klimaexzellenzcluster CliSAP aufgenommen wurde. 2007 wurde das Cluster bewilligt und das war auch der Startschuss für die Klimasicherheitsforschung unter der Leitung von Michael Brzoska bei uns im Haus. Das war damals Teil einer breiteren, globalen Entwicklung. Im Winter 2007 hatte der Weltklimarat IPCC in seinem vierten Sachstandsbericht die dramatischen Folgen des Klimawandels skizziert, im April 2007 war die globale Erwärmung zum ersten Mal Gegenstand im UN-Sicherheitsrat und im September bekamen Al Gore und das IPCC für ihre Arbeit zum Klimawandel gemeinsam den Friedensnobelpreis verliehen. Nicht nur im Institut, sondern auch in der breiteren Bevölkerung gab es also ein zunehmendes Bewusstsein für die Relevanz des Klimawandels für Frieden und Sicherheit.

Wie hat sich das Thema Klimawandel und Sicherheit im Laufe der Zeit entwickelt und verändert?

Die Debatte wird heute sehr viel nuancierter geführt als zu Beginn. In den 1990er und 2000er Jahren hatte man häufig eine vereinfachte Vorstellung von Klimakriegen. Heute wissen wir, dass zwischenstaatliche Kriege nicht allein durch den Klimawandel verursacht werden. Konflikte haben immer verschiedene und komplexe Ursachen und deshalb muss man immer sehr genau auf den jeweiligen Kontext schauen, um sie zu verstehen oder zu erklären. Genau das wird heute durch langjährige, detaillierte Feldforschung in betroffenen Gebieten getan – sei es in der Region rund um den Tschadsee in Westafrika, in den Flussdeltas in Bangladesch oder auf kleinen Inselstaaten im Südpazifik. Eine weitere wichtige Veränderung ist ein zunehmender Fokus auf Frieden und sogenanntes „Environmental Peacebuilding“. Dabei wird diskutiert, inwiefern die Kooperation im Umweltbereich eine friedensbildende Wirkung in Konfliktkontexten haben kann.

Welchen Beitrag leisten das IFSH und die wissenschaftlichen Partnerinstitute am Wissenschaftsstandort Hamburg zur nationalen und internationalen Debatte?

Zu der eben erwähnten Ausdifferenzierung der Debatte hat auch das IFSH einen signifikanten Beitrag geleistet – in enger Zusammenarbeit mit Forscher:innen an der Universität Hamburg am Lehrstuhl von Jürgen Scheffran. Der Hamburger Ansatz war dabei immer, den Klimawandel mit anderen politischen, ökonomischen und ideologischen Einflussfaktoren für

Konflikte in Bezug zu setzen. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal war die kritische Beschäftigung mit möglichen Risiken einer sogenannten „Versicherheitlichung“ des Klimadiskurses. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, welche politischen Auswirkungen es hat, wenn sich militärische Akteure dem Thema Klimawandel zuwenden oder wenn etwa „Klimaflüchtlinge“ als Bedrohung für die nationale Sicherheit betrachtet werden.

Rückblickend lässt sich sagen, dass die Hamburger Forschung zur Klimasicherheit sehr früh an vielen Themen dran war. Ein gutes Beispiel ist die Forschung zu den Sicherheitsimplikationen von sogenanntem Geoengineering. Der Begriff bezeichnet riskante, großtechnische Eingriffe in das Klimasystem mit dem Ziel, die Effekte des Klimawandels abzumildern. Schon im November 2011 fand in Hamburg mit Beteiligung des IFSH eine große internationale Konferenz zu diesem Thema statt. Heute ist das Thema Geoengineering, das unter anderem von Ann-Kathrin Benner am IFSH erforscht wird, international in aller Munde.

Wissenschaft ist neutral, unparteiisch und politisch unabhängig, die Folgen des Klimawandels fordern jedoch entschlossenes politisches Handeln. Wie normativ darf und sollte die Klimasicherheitsforschung sein?

Meinem Verständnis nach ist sozialwissenschaftliche Forschung immer auch normative Forschung. Wenn wir uns etwa mit Frieden und Sicherheit beschäftigen, setzt das bestimmte normative Wertungen – zum Beispiel über wünschenswerte gesellschaftliche Ordnungen – voraus. Oder wenn wir uns kritisch mit bestimmten Sicherheitspraktiken, wie Formen digitaler Überwachung, auseinandersetzen, geschieht dies ebenfalls auf Grundlage eines normativen Standpunkts. Gleiches gilt natürlich auch für den Bereich der Klimasicherheit. Viele Friedensforscher:innen verwenden im Zusammenhang mit dem Klimawandel zum Beispiel lieber den Begriff der menschlichen Sicherheit, in dem das Individuum im Mittelpunkt steht, als einen engen, nationalen Begriff von Sicherheit. Dafür gibt es empirische Gründe, weil die Auswirkungen des Klimawandels in erster Linie auf lokaler Ebene in besonders armen Ländern zu spüren sind. Es gibt aber auch normative Gründe für diese Entscheidung, weil ein nationales Verständnis von Sicherheit eher mit Konfrontation, Abschottung und Verteidigung verbunden ist und damit mit den Tendenzen, die wir in der internationalen Klimapolitik gerade nicht brauchen.

Europäische Friedens- und Sicherheitsordnungen

Wie kann belastbare und handlungsfähige Kooperation in der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik aussehen? Die Projekte des Forschungsbereichs analysieren die friedenspolitischen Konsequenzen und interregionalen Verflechtungen von Sicherheitspolitik im gesamteuropäischen Kontext.

Gesellschaftlicher Frieden und Innere Sicherheit

Anti-liberale und extremistische Bewegungen sind zu den neuen Herausforderungen westlicher Demokratien geworden. Wir untersuchen die Ursachen und klären, welche Rolle insbesondere die sozialen Medien bei politisch oder religiös motivierter Gewalt spielen.

IFSH-Forschung

Unsere Forschung basiert auf einem breiten und umfassenden Verständnis von Frieden und Sicherheit.

Rüstungskontrolle und Neue Technologien

Dieser interdisziplinäre Forschungsbereich beschäftigt sich mit dem komplexen Zusammenspiel von Aufrüstung und Rüstungskontrolle und untersucht die sicherheitspolitischen Risiken von neuen Technologien. Darüber hinaus befasst sich das Team mit Fragen der internationalen Cybersicherheit.

Klimaforschung

In enger Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg analysieren wir die Folgen des Klimawandels auf das Konfliktgeschehen, die Sicherheit und den Frieden weltweit.

Wissenstransfer „Made in Hamburg“

Die IFSH-Wissenschaftler:innen vermitteln fundiertes Wissen zu friedens- und sicherheitspolitischen Themen.

Ulrich Kühn

„Speak truth to power!“ Übersetzt ins Deutsche würde dieses aus dem Englischen stammende Bonmot ungefähr lauten: „Zögere nicht, den Mächtigen die Wahrheit zu sagen!“ In wenigen Worten fasst es die Ziele und Zielkonflikte guten Wissenstransfers zusammen.

Da wäre zunächst der Anspruch, empirisch abgesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse zu erlangen. Dann gilt es, diese „den Mächtigen“ – also politisch einflussreichen Personen – verständlich zu vermitteln. Und dies alles eben auch dann, wenn die Ergebnisse der Wissenschaft vielleicht sogar vorhersehbar auf Unbehagen, Zweifel oder gar Ablehnung stoßen. Am schwierigsten wird der Spagat, wenn Adressat und finanzieller Förderer wissenschaftlicher Arbeit ein und dieselbe Person oder Institution sind. Wie weit geht dann die Unabhängigkeit der Wissenschaft? Wie mutig darf und muss Wissenschaft sein? Wo setzt möglicherweise die eigene „Schere“ im Kopf an?

Seit vielen Jahrzehnten betreibt das IFSH erfolgreich den Wissenstransfer in Politik und Gesellschaft. Wolf Graf von Baudissin formulierte den Anspruch des „Bürgers in Uniform“ in seinem stetigen Austausch mit Bundeswehr und Verteidigungsministerium. Angeleitet von Egon Bahr berieten IFSH-Wissenschaftler:innen zum Ende des Kalten Kriegs die Bundesregierung bei Fragen der Rüstungskontrolle, knüpften Kontakte bis in die höchsten Ebenen des Kremls und nach Ostberlin. Den Aufbau der neuformierten *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) begleitete bald das weltweit einzige *Zentrum für OSZE-Forschung* (CORE), und als ab 2001 der sicherheitspolitische Fokus nach Afghanistan und den Kampf gegen den Terrorismus schwenkte, arbeiteten IFSH-Kolleg:innen an präventiven und friedensfördernden Konzepten.

Diverse Weißbücher, Richtlinien zum Waffenexport und Berichte zu Technikfolgenabschätzungen entstanden unter Hinzuziehung der kritischen Analyse aus Hamburg. In unzähligen informellen Treffen und öffentlichen Anhörungen standen die Forscher:innen des IFSH Rede und Antwort.

Die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit sind jedoch durchaus ambivalent. Auf der Habenseite wäre da zunächst das gesteigerte Interesse der Politik am Wissenstransfer „Made in Hamburg“. Untermauert wird dieses Interesse durch großzügige Förderung in einem Ausmaß, wie es das Institut so noch nicht erlebt hat. Damit stellt sich jedoch umso mehr die Frage nach der kritischen Distanz. Gleichzeitig wird wissenschaftlich fundierter Wissenstransfer gesellschaftlich immer relevanter – auch und gerade als Korrektiv zu Politikverdrossenheit, sogenannten Fake News und postfaktischen Bewegungen.

All dies führt zum letzten und vielleicht wichtigsten Ziel im Dialog mit „den Mächtigen“. Denn alle Macht geht in Deutschland vom Volke aus. Es ist daher das stete Hineinwirken in die Breite der Gesellschaft, die Mitnahme der interessierten Öffentlichkeit, die umso mehr die Anstrengung der Wissenschaft erfordert. Mittels neuer digitaler Formate und in Form eines ambitionierten interaktiven Arbeitsprogramms – *Doing Peace!* – stellt sich das IFSH dieser Herausforderung.

Für uns Wissenschaftler:innen bedeutet dies nicht nur, den Forschungsfokus neu zu kalibrieren. Es bedeutet auch, in gesellschaftspolitischen Debatten wieder präsenter zu sein und vor Kontroversen nicht zurückzuscheuen. Nur proaktiv verbreitetes Orientierungswissen, jenseits der wissenschaftlichen Komfortzone, hat eine ehrliche Chance, aktiv zu Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert beizutragen.

2019 war ein wichtiges Jahr in der Institutsgeschichte: Seit diesem Jahr ist das Hamburger Friedensforschungsinstitut auch in der Hauptstadt vertreten. Das Berliner Büro ist die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Die Leiterin des Berliner Büros Anja Dahlmann erklärt die wichtigsten Aufgaben und Ziele der IFSH-Außenstelle.

Die Leiterin des Berliner Büros Anja Dahlmann.

Interview mit Anja Dahlmann

„Die Friedensforschung bringt eine besondere Perspektive in die politischen Debatten ein“

Wie funktioniert der Wissenstransfer in die politische Praxis ganz konkret?

Wir nutzen verschiedene Veranstaltungs- und Gesprächsformate. Das Berliner Büro bietet dazu gelegentlich öffentliche Veranstaltungen wie Paneldiskussionen zu Themen der Friedensforschung und Sicherheitspolitik an. Daneben veranstalten wir nichtöffentliche Gesprächsrunden mit Expert:innen aus Forschung, Praxis und Politik, aber auch kleine Hintergrundgespräche zwischen IFSH-Forscher:innen und politischen Entscheidungsträger:innen. Mit einem konkreten Beratungsanspruch setzen wir 2022 z. B. eine Reihe von Parlamentsbriefings unter dem Titel „Rüstungskontrolle. Kurz erklärt.“ um. Dies steht nur Mitgliedern des Bundestages und ihren Mitarbeiter:innen offen, um eine möglichst offene Diskussion zu ermöglichen. Unabhängig vom Büro Berlin verfolgt das IFSH außerdem das Konzept des „embedded scientist“. Damit haben Kolleg:innen die Möglichkeit, für eine begrenzte Zeit im Auswärtigen Amtes beratend tätig zu sein.

Bei welchen Themen im Einzelnen können die Regierungsvertreter:innen und Parlamentarier:innen von den Erkenntnissen des IFSH profitieren?

Ganz grundsätzlich bringt das IFSH über die Friedensforschung eine besondere Perspektive in die politischen Debatten ein, denn ein wichtiger Teil unserer Arbeit ist die Frage nach der Sicherung und Herstellung von Frieden. Das IFSH bietet dafür ein breites Themenspektrum und unterschiedliche Zugänge. Diese begründen sich auch in der Interdisziplinarität der Forscher:innen. Das IFSH-Team kann so einen sehr umfassenden und verzahnten Blick auf Frieden und Sicherheitspolitik werfen, der Fragen der inneren Sicherheit genauso abdeckt wie die europäische Perspektive, Klimaforschung und internationale Rüstungskontrolle. Die resultierenden Forschungsergebnisse überführt das IFSH beispielsweise in Policy Briefs oder eben Berliner Veranstaltungen in Handlungsempfehlungen.

Gilt das auch entgegengesetzt? Bekommen die IFSH-Wissenschaftler:innen durch den engen Austausch mit der Politik wiederum Impulse für ihre eigene Forschungsarbeit?

Ja, Wissenstransfer ist hier rekursiv zu verstehen, denn immer wieder zeigt sich, dass Wissenstransfer in beide Richtungen funktioniert. Über den Dialog mit politischen Entscheidungsträger:innen können unsere Forscher:innen Impulse aus der Praxis aufnehmen und neue Perspektiven für ihre Forschung erschließen. Dieser Austausch ermöglicht uns, relevante Forschungsthemen zu identifizieren oder wichtige Hintergrundinformationen über politische Prozesse und Akteur:innen zu erhalten.

Haben politische Entscheidungsträger:innen in Zeiten von Fake News und Populismus ein größeres Interesse oder einen größeren Bedarf an wissenschaftlich fundierter Beratung als in der Vergangenheit?

Der Wert von wissenschaftlich fundierter Beratung ist hoch, denn sie liefert nachvollziehbare Informationen und entsprechend begründete Einordnungen. Institute wie das IFSH bieten hier eine wichtige Orientierungsfunktion.

Das Anwachsen der Berliner Beratungslandschaft in den letzten Jahren weist durchaus auf ein gestiegenes politisches Interesse daran hin. Auch fördern einige Ministerien aktiv unabhängige Forschung zu sicherheitspolitischen Themen und damit auch wissenschaftlich fundierte Beratung.

38 Jahre Zeitgeschichte

im Spiegel der Zeitschrift **S+F**

Patricia Schneider

Die Entstehungsgeschichte der Zeitschrift *S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace* ist eng mit dem damaligen Zeitgeschehen verknüpft. Der Wandel der Herausgeberkreise und die jeweiligen politischen Herausforderungen führten zu unterschiedlichen Konzeptionen und Schwerpunkten. Der damalige stellvertretende Direktor des IFSH, Dieter S. Lutz, gründete die Zeitschrift in Zusammenarbeit mit dem Nomos-Verlag im Jahr 1983. Der Grundgedanke der Publikation spiegelte sich in dem ganzen Lebenswerk von Lutz wider. Er wollte „friedenswissenschaftliche Erkenntnisse politikfähig [machen]“. Für ihn waren Friedensforschung und die klassische Sicherheitspolitik „zwei Seiten derselben Medaille, konnten nur gemeinsam weiterentwickelt werden“, wie Ottfried Nassauer in der Würdigung von Lutz’s Lebenswerk einmal pointiert zusammenfasste.

Die scheinbar unüberbrückbare Kluft zwischen Friedensforschung und Sicherheitspolitik – zwischen friedensbewegten und sicherheitspolitischen Akteur:innen, zwischen Militärs und Zivilist:innen, zwischen Wissenschaftler:innen, Öffentlichkeit und Politiker:innen, sollte konstruktiv ausgetragen werden. Deutlich wird dieser Aufklärungsgedanke im Leitbild der Zeitschrift formuliert: Kontroversen sollen sachlich geführt, Vorurteile und Berührungsängste abgebaut, der Weg für eine verbesserte Entscheidungsfindung geebnet werden.

S+F war ein Forum zur Diskussion von Forschungsergebnissen im Bereich Friedens- und Sicherheitspolitik, wendete sich an eine engagierte Öffentlichkeit, an militärische und wissenschaftliche Expert:innen und Praktiker:innen. Was zu Gründungszeiten noch als gewagter Spagat und vielleicht sogar als Utopie erschien, etablierte sich innerhalb von 38 Jahrgängen in der Publikationslandschaft. S+F war Forum für die Kommunikation, den Austausch zwischen Wissenschaft und der Politik, zwischen ziviler Gesellschaft und Streitkräften, in dem Analyse, Insider:innenberichte, Standortbestimmung und Einschätzung Platz hatten. Veröffentlicht wurden Beiträge, die zu nationalen und internationalen Diskussionen der Sicherheitspolitik und Friedensforschung, zu naturwissenschaftlichen Aspekten der Rüstungskontrolle bis hin zu Fragen der Nationenbildung in Nachkriegsgesellschaften beitrugen. Jedes Heft von S+F war einem Schwerpunktthema gewidmet. Daneben wurden aber auch Texte von allgemeinem Interesse für Sicherheitspolitik und Friedensforschung veröffentlicht. Die Länge der Beiträge hat dazu geführt, dass die Artikel nicht nur in der Wissenschaft rezipiert, sondern auch gerne in der Lehre eingesetzt wurden.

Die verschiedenen Herausgeber:innen nutzten die Themenschwerpunkte allerdings auch zum „agenda setting“. Die Autoren:innen entstammten unterschiedlicher Denkschulen, Disziplinen und Institutionen bzw. Praxisfeldern. Sie kamen aus der Politik, der Bundeswehr, aus internationalen Organisationen, NGOs, Think Tanks oder aus den Medien. Die Zeitschrift hat sowohl Promovierenden, Post-Docs als auch Professor:innen und Praktiker:innen eine Stimme gegeben.

Themenschwerpunkte

Die Zeitgeschichte spiegelte sich auch in den Themen von S+F wider. Mal waren die Beiträge am Puls der Zeit, mal haben sie vorausschauend Themen gesetzt, etwa bei der Diskussion um die Aussetzung der Wehrpflicht. Diese wurde bereits 1995 in einer unserer Ausgaben zum ersten Mal erwähnt, bis sie dann 2011 politisch umgesetzt wurde. Andere Beispiele sind das frühe

Die erste Ausgabe der S+F erschien 1983.

Nach 38 Jahren und mehr als 1.300 Beiträgen erschien die S+F im Jubiläumsjahr zum letzten Mal.

Aufgreifen von Themen wie Cybersicherheit / Information Warfare (2000). Weitere Themenschwerpunkte beleuchteten das Thema „Frieden“ aus den unterschiedlichsten Perspektiven, etwa aus Sicht der Friedensbewegung, der Friedensforschung oder der Friedenserziehung etc. Auch die Entwicklung der Bundeswehr wurde kritisch begleitet mit Beiträgen zu ihren diversen Reformen und Transformationen und ihren Auslandseinsätzen.

Zu weiteren Themenschwerpunkten der einzelnen Ausgaben zählten außerdem die Rüstungskontrolle, der Terrorismus und die Debatten um die Ordnungsvorstellungen von Frieden und Sicherheit. Neben innerdeutschen Fragestellungen wie der Wiedervereinigung oder dem Untergang des Ostblocks standen auch immer wieder die Regionen und Organisationen im Fokus, die für den Diskurs in Europa von besonderer Relevanz waren: EU, OSZE, VN, NATO bzw. Balkankriege, Entwicklungen in Südosteuropa, Kriege in Irak und Afghanistan, Pazifik, Asien, USA, Sowjetunion / Russland, Nahost, Afrika, Arktis bis hin zu Themen wie Demokratisierungsprozesse, Klimawandel, Geoengineering, Gender, Migration, Populismus oder der Einfluss neuer Technologien.

Abschied

Es war dem Wandel der Publikationslandschaft geschuldet, dem allgemeinen Zeitschriftensterben in einem hart umkämpften internationalen Markt und der Umstellung auf frei verfügbare digitale Formate, der dazu geführt hat, dass sich S+F lieber freiwillig gut aufgestellt verabschiedet hat als irgendwann dazu gezwungen zu werden.

„Die Arbeit des IFSH ist wichtig. Als Impulsgeber und Diskussionsforum hat das Institut über Jahrzehnte hinweg Wesentliches geleistet."

Generalmajor Oliver Kohl

Kommandeur Führungsakademie der Bundeswehr

Früchte der Entspannungspolitik

Wie das IFSH den akademischen Austausch mit Osteuropa und Eurasien in Schwung brachte

Anna Kreikemeyer

Denkt man an die Zeit des Kalten Krieges, so wird klar: Akademischer Austausch mit Ländern der ehemaligen Sowjetunion ist keine Selbstverständlichkeit. Es bedurfte vielfältiger Entspannungs- und Dialogbemühungen zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes, um Wege zum freien zivilgesellschaftlichen Austausch zu bahnen. Das IFSH-Konzept der kooperativen Rüstungssteuerung und die der Entspannungspolitik zugrundeliegende Idee des Wandels durch Annäherung waren wichtige Schritte auf diesem Weg. Aber auch nach dem Zerfall der Sowjetunion bedurfte es anhaltender Bemühungen, um eine paneuropäische Kooperation zu entwickeln. Das *Zentrum für OSZE-Forschung* am IFSH, kurz CORE, und vielfältige weitere Institutsaktivitäten, die den akademischen Austausch mit dem postsowjetischen Raum stärkten, trugen dazu bei Brücken zu bauen. Blickt man im Jahr 2021 auf die Landkarte der Kooperationsbeziehungen des IFSH, so erkennt man viele Linien vom Institut in diese Region.

Der Austausch eröffnete neue Perspektiven

Als wissenschaftliche Mitarbeiterin am IFSH begleite ich seit 1990 das Ost-West-Verhältnis mit seinen Kontinuitäten und seinem Wandel. Ich pflege unter anderem den akademischen Austausch mit Wissenschaftler:innen und Studierenden aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion. Dabei entstanden vielfältige spannende Kontakte bis hin zu langjährigen persönlichen Freundschaften mit Kolleg:innen aus Armenien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Usbekistan und Tadschikistan. Deren waches Interesse an der Friedensforschung und

ihr Engagement für Zusammenarbeit haben mir und auch anderen IFSH-Kolleg:innen neue Welten eröffnet.

In den 1990er Jahren stand der Gedanke der Öffnung im Vordergrund. Bereits 1992 hielt meine damalige IFSH-Forschungsgruppe „Osteuropa“ die damals erste paneuropäische Konferenz mit Vertreter:innen aus sieben neuen unabhängigen Staaten ab. Zwischen 1995 und 1997 arbeitete ich erstmals mit einem russischen Kollegen an einem gemeinsamen Forschungsprojekt. Seither kooperiert nicht nur dieser Wissenschaftler in vielen IFSH-Projekten, viele weitere Kolleg:innen sind dazu gekommen und bereichern die IFSH-Forschung.

Teilnehmer:innen einer IFSH-Sommerschule an der Universität Tiflis (2017).

Seit der Jahrtausendwende rückten der Aufbau akademischer Kapazitäten und der Studierendenaustausch in den Blick. Das OSZE-Forschungszentrum am IFSH erhielt einen Auftrag, federführend an der Gründung einer *OSZE-Akademie* in Bischkek mitzuwirken. Nach der Verständigung der Gruppe der fördernden OSZE-Delegationen und der zentralasiatischen Delegationen, besuchte die Bildungsministerin Kirgisistans das Institut und besprach die Vereinbarung. In den ersten Jahren des Bestehens der Akademie waren IFSH-Mitarbeiter:innen vor allem an der Entwicklung des Lehrplans, an der Lehre und am Fundraising beteiligt. Schritt für Schritt übernahmen dann regionale Dozent:innen diese Aufgaben. Dank steter finanzieller Unterstützung durch OSZE-Teilnehmerstaaten ist die *OSZE-Akademie* heute eine geschätzte Einrichtung in der zentralasiatischen Bildungslandschaft. Weitere finanzielle Förderungen durch die OSZE und den *Deutschen Akademischen Austauschdienst* (DAAD) ermöglichten mir ab 2007 mehrere Sommerschulen an kasachischen, georgischen, armenischen und kirgisischen Universitäten durchzuführen und an der *Deutsch-Kasachischen Universität* zu lehren.

Die Teilnehmer:innen des Eurasia Peace Studies Exchange (EPSE) bei einem Ausflug an die norwegische Atlantikküste nahe Tromsø im November 2019.

Mit dem damit verwirklichten Netzwerk *Eurasia Peace Studies Exchange* (2017–2019) konnten wir zeitgemäße neue Formen des akademischen Austauschs zwischen Europa und Eurasien entwickeln. Nun ging es nicht mehr nur um europäisches Wissen, sondern darum, auf Augenhöhe miteinander zu kommunizieren und voneinander zu lernen. Dozent:innen und Studierende aus Georgien, Deutschland, Kirgisistan, Norwegen und der Ukraine bestimmten gemeinsam, was sie voneinander lernen wollten und setzten es in Projektwochen und vielen Forschungsaufenthalten vor Ort um.

Offiziere bekamen Einblick in die Arbeit eines Friedensforschungsinstituts

Das IFSH betreute aber auch das *Baudissin Fellowship-Programm* (gefördert vom Bundesverteidigungsministerium). Hier erhielten Offiziere aus den ehemaligen Warschauer Pakt-Staaten Stipendien für einen Aufenthalt am IFSH, bei dem sie sich vor allem mit dem Bundeswehr-Konzept der Inneren Führung auseinandersetzten. Das IFSH beteiligte sich auch am *Cross Culture-Programm* des *Instituts für Auslandsbeziehungen*, das Gästen aus dem postsowjetischen Raum Studienaufenthalte zur Friedensforschung in Hamburg ermöglichte. Schließlich konnte ich zusammen mit einer Kollegin vom *Centre for Peace Studies* an der *Arktischen Universität Tromsø* Mittel des norwegischen *Zentrums für Bildungskooperation* einwerben.

Aus der Perspektive der Friedensforschung stimmt der aktuelle, lebendige, akademische Austausch in und mit dem postsowjetischen Raum hoffnungsvoll. In den vergangenen Jahren zeichnen sich in der Region aber autoritäre Tendenzen ab. Autokratische Regierungen drohen den Dialog und die Zusammenarbeit zu begrenzen. Deshalb ist es umso wichtiger, Kontakte nicht abreißen zu lassen und gemeinsam an Friedensforschung in Europa und Eurasien weiter zu arbeiten.

Frieden bedeutet für mich ...

„... mit Konflikten gewaltfrei umzugehen, auf der Grundlage von allgemeingültigen Prinzipien und Regeln. (...) Die Gründung des IFSH vor 50 Jahren fiel in eine Zeit großer sicherheitspolitischer Herausforderungen. Diese Herausforderungen mögen heute in vielen Aspekten anders sein, aber sie sind nicht minder groß. Die praxisorientierte Forschung des IFSH bleibt so wichtig wie vor 50 Jahren."

Dr. Claus Neukirch

Leiter der OSZE-Mission in Moldau

Unser Studiengang *Peace and Security Studies:* Eine Erfolgsgeschichte

Die Studierenden besuchen die OSZE und die Atomenergiebehörde in Wien.

2021 war auch für den Master-Studiengang *Peace and Security Studies* (MPS) ein Jubiläumsjahr: Im Oktober begann der 20. Jahrgang

Patricia Schneider

Das IFSH war 2002 bundesweit das erste wissenschaftliche Institut, das einen Studiengang im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung eingeführt hat. Dies war Ausdruck der Überzeugung, dass die sicherheitspolitischen Herausforderungen globales und disziplinübergreifendes Denken notwendig machen und dafür eine gezielte Nachwuchsförderung notwendig ist.

Aufbaustudiengang für Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus der ganzen Welt

In zwei Semestern erwerben 20 bis 25 junge Menschen, die bereits ein Studium abgeschlossen haben, theoretisches und praktisches Wissen über Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Der Studiengang gehört zum Studienangebot der *Universität Hamburg*. Die Inhalte der 45 bis 70 Lehrveranstaltungen pro Jahr und die Organisation des Studiengangs koordiniert jedoch das IFSH. Die Beliebtheit des Studiengangs drückt sich auch dadurch aus, dass es meist etwa dreimal mehr

Bewerber:innen gibt als Studienplätze. Alleinstellungsmerkmal des Studiengangs ist seine interdisziplinäre und internationale Ausrichtung.

Kombination aus Theorie und Praxis

Drei Studienreisen führen die Studierenden außerdem nach Berlin in den Bundestag, ins Bundeskanzleramt und zum *Zentrum für Internationale Friedenseinsätze*, nach Wien zur OSZE und zur *Internationalen Atomenergiebehörde* IAEA sowie nach Brüssel zur NATO und zum EU-Parlament. Über das Programm „Stabilitätspakt Südosteuropa" des Auswärtigen Amts finanziert gab es einige Jahre hintereinander jährliche Exkursionen zu Themen wie Versöhnung oder Sicherheitssektorreform.

Mehr als 400 Studierende haben ihr Studium abgeschlossen. Der Studiengang wurde zudem zwei Mal erfolgreich akkreditiert. Diese Erfolgsgeschichte ist dem Einsatz vieler Personen zu verdanken. Dazu zählen die Studienleitungen mit ihrem großen Einsatz für die Gestaltung des Studiengangs, die Partnergewinnung und die Betreuung Studierender durch Prof. Dr. Dieter S. Lutz, Prof. Dr. Dr. Hans J. Gießmann, Prof. Dr. Götz Neuneck und Prof. Dr. Ursula Schröder als aufeinander folgende Programmdirektor:innen und Dr. Patricia Schneider, zeitweise vertreten durch Naida Mehmedbegovic Dreilich, als Studienkoordinatorinnen. Erwähnt werden muss auch der unermüdliche Einsatz von Eckhard Schlopsna als Administrator der Studiengangsplattform, weiteren Mitarbeiter:innen der IFSH-Verwaltung, u. a. für das Bewerbungsverfahren, und unserer Bibliothekarin Ute Runge. Vor allem aber sollte das Engagement der vielen Dozentinnen und Dozenten des Studiengangs hervorgehoben werden. Zahlreiche Mitabeiter:innen des Instituts engagieren sich auf freiwilliger Basis in der Lehre und betreuen Masterarbeiten. Für die Beteiligung der *Universität Hamburg* am europäischen Studiengang „Human Rights and Democratization" (Venedig) nimmt das IFSH auch die Lehr-, Betreuungs- und Prüfungsaufgaben wahr.

Mit der Einführung des Studiengangs beteiligte sich das IFSH systematisch an der Lehre. Unterstützt wird der Studiengang inzwischen auch durch den *Verein zur Förderung des Instituts für Friedensforschung e.V.* (VFIF) zum Beispiel durch die Stiftung von Deutschlandstipendien für Studierende und durch den *Alumni-Verein* der ehemaligen Studierenden.

Vielfalt durch enge Kooperation mit Partnerinstituten

Getragen wird der Studiengang durch den *Kooperationsverbund Friedensforschung und Sicherheitspolitik* (KoFrieS), dem mehrere Fakultäten der Universität Hamburg sowie eine Vielzahl von Forschungsinstituten und akademischen Lehreinrichtungen im In- und Ausland angehören. Denn der Abschluss macht die Absolventinnen und Absolventen auch für sie zu begehrten Fachkräften.

Wir freuen uns auf weitere spannende Jahre, um mit Studierenden aller Nationalitäten und Disziplinen sowie mit diversen Arbeitserfahrungen weiterhin in inspirierenden Austausch zu treten und Zusammenhänge von Frieden und Sicherheit gemeinsam zu analysieren und Konfliktbewältigungsstrategien zu entwickeln.

Der Studiengang *Peace and Security Studies* auf einen Blick

Studienplätze
25–30

Sprachen
Deutsch & Englisch

451 Studierende aus insgesamt **19 Jahrgängen** haben seit 2002 das Studium erfolgreich absolviert.

Bewerbungszeitraum
15. Februar – 31. März

Studienbeginn
1. Oktober

Studium
4 Semester Vollzeit Präsenzstudium mit digitalen Elementen
(oder 2 Semester, Teilzeit auf Antrag)

Leistungspunkte
120 ECTS
(oder 60 ETCS)

Abschluss
Peace and Security Studies
Master of Arts

Studierende kommen u. a. aus den USA, Frankreich, Bosnien und Herzegowina, Chile, China, Brasilien, Großbritannien, Iran, Japan, Kasachstan, Kolumbien, Kroatien, Libanon, Russland, Usbekistan, Serbien, Syrien, Niederlande, Mexiko, Slowenien.

Wir legen Wert auf forschungsbasiertes und praxisorientiertes Lernen und kooperieren eng mit **akademischen Einrichtungen aus dem In- und Ausland**.

Arbeiten für den Frieden

Ein Job in der Wissenschaft oder in der Praxis – unser Masterstudiengang *Peace and Security Studies* (M. A.) an der Universität Hamburg bietet dafür die Grundlage. Es ist der bisher einzige Studiengang in Deutschland, der eine umfassende Beschäftigung mit Fragen der Sicherheitspolitik und Sicherheitsforschung mit einer friedenswissenschaftlichen Perspektive verbindet.

© M. Johannsen

Als Michail Gorbatschow das IFSH besuchte

Im März 1992 war Michail Gorbatschow zu Gast am IFSH. Rechts im Bild der damalige Institutsdirektor Egon Bahr.

Margret Johannsen

Michail Gorbatschow, der letzte sowjetische Staats- und Parteichef und Wegbereiter der deutschen Wiedervereinigung, feierte am 2. März 2021 seinen 90. Geburtstag. Fast genau vor 29 Jahren war er zu Gast am IFSH. IFSH Senior Fellow Dr. Margret Johannsen erinnert an den 11. März 1992:

Michail Gorbatschow hatte Hunger. Schließlich war für einen Frühaufsteher Mittagszeit. Darauf war die Spitzenriege des IFSH nicht vorbereitet; die Herren Lutz und Mutz aßen als Spätaufsteher normalerweise spät und notgedrungen schloss Egon Bahr sich an. Sie aßen immer im Restaurant

„Zum Falkeinstein“ in Hamburg-Blankenese, drei Minuten unterhalb des Instituts. Ein Telefonanruf und alles war geregelt: Egon Bahrs Sekretärin Heinke Peters holte die bestellten belegten Brötchen ab und rannte zur Freude der Schar der wartenden Journalist:innen mit gefülltem Tablett die steile Auffahrt hoch ins Institut. Das war das erste und einzige Mal, dass es einen Haufen Journalist:innen vor der Pforte vom Falkenstein gab – Pressekonferenzen gab es im noblen Blankeneser Villenviertel nicht, wo ein paar Anwesen weiter Axel Springer samt Swimmingpool wohnte, zumal der 286er Bus nur alle halbe Stunde raus nach Westen zu seiner Endstation fuhr. Gorbatschow aß mit großem Appetit, die Herren vom IFSH auch. Heinke Peters ging hinter ihnen hin und her, das Tablett, das sich rasch leerte, balancierend.

Ich sollte Protokoll schreiben. Schon mehrfach hatte ich als Frischling im IFSH Protokoll bei Treffen mit dem *Institut für Internationale Politik und Wirtschaft* (IPW) unter Leitung von Max Schmidt in Ost-Berlin geschrieben. Tonband mitlaufen lassen verbot sich natürlich. Bei dem ersten zweitägigen Treffen, das vom 30. September bis zum 1. Oktober 1987 wenige Monate nach Veröffentlichung des SED-SPD-Papiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ stattfand, hatte ich mir prompt eine Sehnenscheidenentzündung zugezogen. Egon Bahr wäre das nicht passiert, er konnte Steno. Das musste er auch können, weil er in seinem ersten Job nach dem Krieg in Westberlin Journalist gewesen war, bevor er in die Politik ging.

Gleichzeitig fotografieren und protokollieren war natürlich grenzwertig. Ich konnte kein Steno und habe mich darauf verlassen, dass die anwesenden Kolleg:innen mir schon auf die Sprünge helfen würden, wenn ich etwas nicht mitbekommen hätte. Das haben sie dann auch und es war wohlgeraten. Egon Bahr hat dann noch kräftig redigiert, wahrscheinlich auf der Basis seiner stenographischen Notizen.

Frieden bedeutet für mich ...

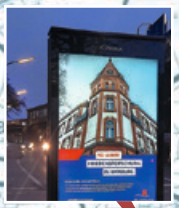
„... weit mehr als nur die Verhinderung von Krieg. Frieden ist eine der Kernvoraussetzungen dafür, dass die Menschheit sich dringenden Zukunftsfragen widmen kann, insbesondere den großen umwelt- und klimapolitischen Gestaltungsaufgaben. Und deshalb ist die Arbeit des IFSH so wichtig."

Wolfgang Ischinger

Botschafter a.D. und Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz

Moin Hamburg, hier sind wir!

Eine Stadtrundfahrt in Bildern



Vor der Elbphilharmonie, auf der Reeperbahn und an vielen anderen Stellen an Alster und Elbe waren wir präsent: Auf 400 Plakatwänden im gesamten Hamburger Stadtgebiet war zu sehen, dass wir 2021 unseren runden Geburtstag feierten. Das IFSH-Team fotografierte fleißig jedes Jubiläumsjahr-Plakat, das ihm vor die Linse kam.

Diese Karte wurde von Inkatlas.com erstellt. Copyright OpenStreetMap contributors (openstreetmap.org), Inkatlas.

50 Jahre Friedensforschung in Hamburg

Anlässlich des runden Geburtstags des IFSH lud der Hamburger Senat am 11. Juni 2021 zu einem Festakt ins Hamburger Rathaus ein. Darüber hinaus veranstaltete das Institut mehrere eigene Jubiläumsjahrevents. Diese griffen die zentralen Themen des IFSH auf, wie etwa die europäische Sicherheit, die Friedensbildung oder das Verhältnis von Friedensforschung und Militär.

50 Jahre IFSH

Eindrücke vom Senatsempfang im Hamburger Rathaus am 11. Juni 2021

© Michael Zapf

„Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts“.
Dieses Diktum Willy Brandts ist unser Auftrag und unser Antrieb: Seit 50 Jahren erforschen wir, wie sich Frieden und Sicherheit gegenseitig bedingen. Vieles haben wir seitdem erreicht, das IFSH gehört mittlerweile zu den führenden Friedensforschungsinstituten in Deutschland. Zeit einmal zurückzuschauen, aber vor allem Zeit zu feiern! Anlässlich unseres Institutsjubiläums hatte die Zweite Bürgermeisterin und Wissenschaftssenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg Katharina Fegebank am 11. Juni zum feierlichen Senatsempfang ins Hamburger Rathaus eingeladen. Der Festakt wurde digital per Livestream übertragen.

Der große Festsaal des Hamburger Rathauses wird normalerweise für große Empfänge und Festveranstaltungen mit internationalen Staatsgästen genutzt. Eine große Ehre für das IFSH, dass die Zweite Bürgermeisterin in diesen Saal, den größten und prächtigsten aller Rathaussäle, eingeladen hatte, um die Arbeit und das Wirken des IFSH zu würdigen.

© Michael Zapf

> Die Stadt Hamburg ist stolz und dankbar, eine so exzellente Ideenschmiede zu Fragen der Sicherheit und des Friedens zu haben.

Katharina Fegebank
Zweite Bürgermeisterin
der Freien und Hansestadt
Hamburg

„Frieden und Sicherheit geht uns alle an. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier am Wissenschaftsstandort Hamburg ein so exzellentes Kompetenzzentrum für die Grundfragen europäischer und globaler Sicherheit haben“, sagte die Zweite Bürgermeisterin und Wissenschaftssenatorin in ihrer Eröffnungsrede. Das IFSH betreibe seit nunmehr 50 Jahren Friedensforschung auf internationalem Spitzenniveau. Diese innovative Strahlkraft sei eine große Bereicherung für den Wissenschaftsstandort Hamburg. Mit seiner großen Expertise und vielfältigen Austausch- und Informationsangeboten leiste das IFSH einen wichtigen Beitrag zur Verständigung und Annäherung in einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft, so Katharina Fegebank weiter.

Auch Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, lobte in seiner Grußbotschaft das IFSH als wichtigen Partner der Universität sowohl in der Forschung als auch bei der Lehre im Rahmen des

Niels Annen
Staatsminister im
Auswärtigen Amt
(im Juni 2021)

© Michael Zapf

> Das IFSH hat eine wichtige Beratungsfunktion für die Bundesregierung.

interdisziplinären Master-Studiengangs „Peace and Security Studies“. Niels Annen, Staatsminister im Auswärtigen Amt und Ehrengast des Senatsempfangs, unterstrich: Das IFSH leiste einen wertvollen Beitrag zum deutschen Verfassungsauftrag, „dem Frieden in der Welt zu dienen“. Das IFSH habe eine wichtige Beratungsfunktion für die Bundesregierung. Das gelte insbesondere bei der Rüstungskontrolle und den sicherheitspolitischen Risiken neuer Technologien als auch bei OSZE-Themen, beim Friedensgutachten oder bei der Sicherheitssektorreform. Das IFSH habe sich zu einem ehrlichen Makler entwickelt, mit dessen Mitarbeiter:innen die Politik und Entscheidungsträger:innen vertraulich diskutieren könnten, so der SPD-Politiker.

50 Jahre Friedensforschung in Hamburg: Vieles ist seit der Institutsgründung im Juni 1971 passiert. IFSH-Direktorin Prof. Dr. Ursula Schröder blickte noch einmal auf die Höhepunkte der Institutsgeschichte zurück und hob die Erfolge des Hauses hervor.

Gestartet als kleines Institut am Falkenstein in Hamburg-Blankenese, habe sich die wissenschaftliche Kapazität des Hauses allein in den vergangenen vier Jahren verdoppelt. „Der Fokus des IFSH auf die Analyse von Sicherheitsherausforderungen und Sicherheitspolitik ist in der Friedensforschung lange ein Unikum gewesen. Bei uns ist er Teil der DNA des Hauses“, sagte Ursula Schröder. Seine Interdisziplinarität und seine Fähigkeit, Brücken über bestehende Wissensgrenzen hinweg zu schlagen, zeichne das Institut ebenso aus wie die Erforschung kooperativer Friedens- und Sicherheitsstrategien etwa im Rahmen der OSZE.

Prof. Dr. Ursula Schröder
Direktorin des IFSH

„Das IFSH ist heute eine etablierte Größe in der deutschen und internationalen Sicherheitsforschung. Allein in den letzten vier Jahren haben wir die wissenschaftliche Kapazität des Hauses verdoppeln können.“

© Michael Zapf

> Krieg und Frieden ist ein Querschnittsthema, das alle gesellschaftlichen Akteure bewegt.

Ole von Uexküll
Geschäftsführender Direktor
der Right Livelihood Foundation

„Über 50 Jahre haben Sie einen unschätzbar wichtigen Beitrag zur friedenspolitischen Entwicklung geleistet und waren für die Zivilgesellschaft und für die Politik immer wieder Richtschnur und Ideengeber“, ergänzte Ole von Uexküll. Der Geschäftsführende Direktor der *Right Livelihood Foundation* war live aus Stockholm zugeschaltet und sprach über eine große Videoleinwand zu den Gästen.

Aus der detaillierten Kenntnis der sicherheitspolitischen Gefahren, wie etwa den verheerenden Folgen eines Atomwaffeneinsatzes, erwachse Verantwortung, mahnte von Uexküll. Die normative Einordnung der friedenspolitischen Fragen sei immer auch Gradmesser der Bevölkerung dafür, wie ernst oder bedrohlich diese Fragen für deren tägliches Leben seien.

Streitkräfte für den Frieden

Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Inneren Führung

Keine Berührungsängste: Friedensforschung und Bundeswehr. Im Oktober 2021 veranstaltete das IFSH gemeinsam mit der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung eine Diskussionsveranstaltung zum Führungskonzept und Werteverständnis der Bundeswehr. Gastrednerin war die Wehrbeauftragte Dr. Eva Högl (2.v.r.).

Das Konzept der Inneren Führung ist Wertefundament und Selbstverständnis der Bundeswehr zugleich: Es begreift die Bundeswehrsoldat:innen als „Staatsbürger in Uniform“, die den Normen und Werten des Grundgesetzes besonders verpflichtet sind. Welche Bedeutung hat dieses Leitbild, das in der Nachkriegszeit von Wolf Graf von Baudissin entworfen wurde, noch für die Bundeswehr von heute? Wie passen Auslandseinsätze, rechtsextreme Vorfälle und der Einsatz autonomer Waffen mit den Grundsätzen der Inneren Führung zusammen und welche Anpassungen braucht es?

Um diese Fragen ging es während einer gemeinsamen Veranstaltung der *Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung* und des *Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg* (IFSH).

Das Event wurde per Livestream aus den Räumlichkeiten der Stiftungsausstellung „Schmidt! Demokratie leben“ in Hamburg übertragen. Gastrednerin des Abends war die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags Dr. Eva Högl.

Von Baudissin und Schmidt: Zwei zentrale Wegbereiter des Konzepts

Wolf Graf von Baudissin, der Gründungsdirektor des IFSH, hatte in den 1950er-Jahren das Konzept der Inneren Führung entworfen, um die junge Bundeswehr elementar von der nationalsozialistischen Wehrmacht abzugrenzen. Helmut Schmidt trug bereits lange vor seiner Zeit als Verteidigungsminister mit großem Engagement zur Umsetzung des Konzepts bei; er galt als vehementer Verfechter einer Bundeswehr, die fest in der Gesellschaft verankert ist.

Unter der Moderation von Dr. Meik Woyke, Vorstandsvorsitzender und Geschäftsführer der *Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung*, und IFSH-Direktorin Prof. Dr. Ursula Schröder diskutierten Dr. Eva Högl, Dr. Hendrik Hegemann (Referent im Forschungsbereich *Gesellschaftlicher Frieden und Innere Sicherheit* am IFSH) und Prof. Dr. Stefan Bayer (stellvertretender Leiter des *German Institute for Defence and Strategic Studies*) über die aktuellen Herausforderungen im Truppenalltag und ihre Vereinbarkeit mit dem Leitbild der Inneren Führung. Das Konzept der Inneren Führung sei kein „nice to have“, sondern noch immer unbedingte Voraussetzung für den Einsatz der Bundeswehr, sagte Eva Högl. In der jüngsten Vergangenheit hatten immer wieder rechtsextreme Vorfälle in der Truppe für Schlagzeilen gesorgt, darunter auch in der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK). Diese Fälle zeigen, dass wir Handlungsbedarf haben, so die Wehrbeauftragte. Sie stellte klar: Die Meinungsfreiheit eines Einzelnen ende dort, wo er den Boden des Grundgesetzes verlasse und sich mit seiner Äußerung gegen die Verfassung stelle. Politische Bildung, Aufklärung und eine offene Kommunikation seien von großer Bedeutung, um weitere rechtsextreme Vorfälle in der Truppe zu verhindern.

> „Rote Linien dürfen nicht überschritten werden.“
>
> **Dr. Eva Högl**
> Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags

Wie können Friedensforschung und Friedensbildung Wissen schaffen und vermitteln?

Das IFSH und die *Berghof Foundation*: Beide Institute feierten im Jahr 2021 ihr 50-jähriges Bestehen und beide Einrichtungen vermitteln Wissen und Ideen für eine sicherere und friedlichere Welt. Im Rahmen ihrer Institutsjubiläen luden das IFSH und die *Berghof Foundation* am 25. November zu einer gemeinsamen virtuellen Diskussionsveranstaltung ein.

Unter dem Titel „Knowledge for a complex world? Rethinking the roles of peace research and peace education“ ging es um die zentrale Frage, wie die Friedensforschung und die Friedensbildung ihre Expertise und ihre Kompetenzen bündeln können, um gemeinsam Wissen für eine immer komplexere Welt zu schaffen und zu vermitteln.

Gemeinsame Themen, ähnlicher Auftrag

Die aktuellen Bedrohungen wie die Corona-Pandemie, der Klimawandel und zusätzliche sicherheitspolitischen Risiken durch neue Technologien zeigen, dass die weltweite Sicherheit durch immer komplexere Bedrohungen gefährdet ist. Das stellt zum einen die Politik vor neue Herausforderungen. Zum anderen muss aber auch hinterfragt werden, wie konkretes Wissen über sicherheitspolitische Zusammenhänge produziert und verbreitet wird. Eine Wiederannäherung von Friedensforschung und der Friedensbildung ist da naheliegend. Die beiden Felder haben sich trotz gemeinsamer Ursprünge zunehmend voneinander entfernt und im Lichte der aktuellen Herausforderungen erscheint eine engere Zusammenarbeit geboten. Beide Disziplinen werden mit den aktuellen politischen Herausforderungen konfrontiert. Hatte die Friedensforschung früher vor allem bewaffnete

Konflikte im Fokus, müsse sich nun ihre Sichtweise öffnen, plädierte IFSH-Direktorin Prof. Dr. Ursula Schröder in ihrer Begrüßungsrede. Es gehe darum, einen nachhaltigeren Frieden zu schaffen und auf globale Herausforderungen zu reagieren. Deshalb müsse Wissen über Frieden gebündelt, geteilt und verbreitet werden, so die IFSH-Direktorin.

International besetztes Podium

An der sich anschließenden rund einstündigen Diskussion nahmen Berit Bliesemann de Guevara, Professorin in der Abteilung „Internationale Politik“ an der *Aberystwyth University*, Elvira Rosert, Juniorprofessorin am IFSH und der *Universität Hamburg*, Norbert Friters-Reemann, Professor für Bildungs- und Erziehungswissenschaften an der *Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen* in Aachen sowie Tony Jenkins, Geschäftsführer des *International Institute on Peace Education* an der *Georgetown University* in Washington D.C teil. Dr. Holger Niemann und Uli Jäger führten als Moderatoren durch die Veranstaltung. Die Friedensforscher:innen und -pädagog:innen tauschten sich darüber aus, wie die Friedensbildung die Erkenntnisse der Friedensforschung aufgreifen und verbreiten kann.

OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid war die Gastrednerin auf der Veranstaltung.

Die Zukunft der europäischen Sicherheit: Kooperation oder Konfrontation?

Abschlussveranstaltung des Jubiläumsjahres mit der Hamburger Landesvertretung in Berlin

Russland verlegt rund hunderttausend Soldat:innen und Kriegsgerät an die ukrainische Grenze, die USA versetzen ihre Streitkräfte in erhöhte Bereitschaft und die EU ringt um eine einheitliche Position: Das Thema der offiziellen Abschlussveranstaltung des IFSH-Jubiläumsjahres hätte aktueller nicht sein können. In Kooperation mit der Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund hatte das Berliner Büro des IFSH am Abend des 24. Januar 2022 zur Online-Diskussionsveranstaltung „Die Zukunft der europäischen Sicherheit: Kooperation oder Konfrontation?“ eingeladen. Ursprünglich war eine Präsenzveranstaltung mit Publikum in den Räumlichkeiten der Hamburger Landesvertretung in Berlin geplant. Pandemiebedingt wurde das Event dann jedoch per Livestream am Bildschirm übertragen.

Alle Dialogformate nutzen, um Krise zu entschärfen

Prominente Gastrednerin des Abends war OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid. Die aktuelle Lage sei sehr besorgniserregend, hob Schmid in ihrer Keynote hervor. Jetzt sei es umso wichtiger alle diplomatischen Kanäle zu nutzen, um eine Deeskalation der aktuellen Lage zu erreichen. Die OSZE habe die Instrumente, die Formate und die Expertise, die es brauche, um Vertrauen zwischen Staaten zu schaffen, die sich im Grunde nicht vertrauten. „Mit der Schlussakte von Helsinki haben wir schon einmal unüberbrückbare Gegensätze und Gräben zwischen Ost und West überwunden. Das können wir wieder schaffen“, so Schmid.

OSZE-Forschung ist ein Alleinstellungsmerkmal des Instituts

Weil neben den neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen auch die klassischen militärischen Bedrohungen den Europäer:innen Sorge bereiteten, spielten Forschungsinstitute wie das IFSH eine zentrale Rolle. „Mit Ihren wissenschaftlichen Arbeiten liefern Sie sowohl für die interessierte Öffentlichkeit als auch für politische Entscheidungsträger sehr wichtige Analysen. Mit dem *Zentrum für OSZE-Forschung*, CORE, hat das IFSH ein echtes Alleinstellungsmerkmal. Nur hier wird die Arbeit der OSZE systematisch wissenschaftlich erforscht und begleitet. Damit sind Sie auch wichtiger Impulsgeber für uns“, erklärte die OSZE-Generalsekretärin.

Almut Möller, Staatsrätin und Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der EU und für auswärtige Angelegenheiten, betonte die enge Verbundenheit der Hansestadt mit dem IFSH. Der Frieden habe in Hamburg Verfassungsrang, sagte Möller mit Hinweis auf die Präambel der Hamburger Verfassung. Die aktuelle Krise zeige, wie wichtig es sei, das IFSH als Einrichtung zu stärken.

Sicherheit umfassender begreifen und denken als bisher

30 Jahre nach dem Kalten Krieg stehe Europa am Wendepunkt. Zentrale Akteure wie die Bundesregierung müssten nun entscheiden, welcher Weg eingeschlagen werde, erläuterte Prof. Dr. Ursula Schröder, Wissenschaftliche Direktorin des IFSH. Wichtige Verträge zur Rüstungskontrolle erodierten, die Afghanistan-Mission sei gescheitert und internationale Kooperationen würden brüchig, gerade jetzt, wo wir mehr als sonst auf Zusammenarbeit angewiesen seien, so die IFSH-Direktorin. All dies bestätige, dass Sicherheit umfassender gedacht werden müsse.

An der anschließenden Paneldiskussion unter der Moderation von Dr. habil. Cornelius Friesendorf, dem Leiter des OSZE-Forschungszentrums CORE am IFSH, nahm neben Almut Möller und Ursula Schröder auch Prof. Dr. Gwendolyn Sasse teil, die als Wissenschaftliche Direktorin das *Zentrum für Osteuropa und internationale Studien* (ZOiS) leitet. Die Expertinnen diskutierten, wie ein zeitgemäßer Ansatz für kooperative Sicherheit in Europa aussehen müsste und welche Rolle Europa bei der Sicherung des Friedens übernehmen könne.

Europa als Motor kollektiver Sicherheitspolitik

Die aktuelle Situation zeige die Schwäche der Europäischen Union, die keine kohärente Position in wichtigen strategischen Fragen habe, hieß es. Die Gefahr bestehe darin, dass Europa sich auseinandertreiben lasse. Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen machten einmal mehr deutlich, dass es zu einer stärkeren Zusammenarbeit sowohl innerhalb der EU als auch global keine Alternative gebe. Die Chancen, dass dies gelingen kann, stünden gut. Denn Europa habe nicht zuletzt aufgrund seiner Vergangenheit die Fähigkeiten, die Instrumente und die Werte, die es brauche und die es weiterzutragen gelte. Und nicht zuletzt habe es die Europäische Union bereits geschafft, ein Friedensprojekt nach innen zu sein.

Das Panel war hochkarätig besetzt: (v.l.n.r.) Cornelius Friesendorf, Almut Möller, Gwendolyn Sasse, Ursula Schröder.

Die geladenen Gäste der Veranstaltung aus Politik, Diplomatie und Wissenschaft verfolgten die rund anderthalbstündige Veranstaltung mit Interesse und bekamen im Anschluss Gelegenheit, Fragen zu stellen oder zum Gesagten Stellung zu beziehen.

Für das IFSH ging mit dieser Veranstaltung sein Jubiläumsjahr offiziell zu Ende. Mehr als ein Jahr lang hatte das Hamburger Friedensforschungsinstitut mit unterschiedlichen Aktionen und Veranstaltungsformaten sein 50-jähriges Bestehen gefeiert.

#friedenstweets

Prof. Dr. Elvira Rosert, Juniorprofessorin am IFSH und an der Universität Hamburg twitterte im Jubiläumsjahr einmal pro Woche Wissenswertes aus der Friedensforschung. Hier eine kleine Auswahl dieser #friedenstweets.

Frieden bedeutet für mich ...

© privat

„... auch dafür zu sorgen, dass sich zukünftige Generationen für Rüstungskontrolle und für Abrüstung interessieren und in diesem Bereich Expertise haben. Deshalb finde ich die Arbeit des IFSH in der Nachwuchsförderung und in der Lehre sehr wichtig."

Dr. Sibylle Bauer

Director of Studies, Armament und Disarmament,

Stockholm International Peace Research Institute SIPRI

Bedeutende Ereignisse

der Instituts- und Zeitgeschichte

1971

Am 11. Juni wird das *Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik* (IFSH) gegründet. Erster Direktor des Instituts ist Wolf Graf von Baudissin.

1972

Die USA und die UdSSR einigen sich mit dem ABM-Vertrag darauf, ihre Systeme zur Abwehr von ballistischen Raketen zu begrenzen.

1975

Der Wissenschaftliche Beirat des IFSH tritt zur konstituierenden Sitzung zusammen. Die Mitglieder üben konstruktive Kritik an der Forschung des IFSH.

35 Staaten des West- und Ostblocks unterzeichnen in Helsinki die Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE). Darin legen sie grundlegende Prinzipien zur Regelung ihrer Beziehungen fest wie etwa den Verzicht auf Gewalt, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung von Menschenrechten.

1979

Im Nomos-Verlag erscheint der erste Band der IFSH-Schriftenreihe „Militär, Rüstung, Sicherheit“. 1992 wird die Reihe umbenannt in „Demokratie, Sicherheit, Frieden“, kurz „Blaue Reihe“.

Der NATO-Doppelbeschluss beendet die Entspannungsphase des Kalten Krieges. Der Vertrag sieht vor, in Westeuropa weitere, atomar bestückbare Pershing-II-Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper aufzustellen, sollten die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Begrenzung solcher Mittelstreckenraketen scheitern.

1981

Das IFSH richtet das 37. Pugwash-Symposium über Vertrauensbildende Maßnahmen aus. Die *Pugwash Conferences on Science and World Affairs* gibt es seit 1957. Das Ziel ist es, die Welt frei von Nuklearwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen zu machen.

1983

Die IFSH-Publikation „S+F“, die Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, erscheint zum ersten Mal.

Im März kündigt US-Präsident Reagan einen weltraumgestützten Abwehrschirm gegen Atomraketen an: Die *Strategic Defense Initiative* (SDI). Das Verhältnis zu der Sowjetunion verschlechtert sich.

Am 22. Oktober gehen in Westdeutschland rund 1,3 Millionen Menschen auf die Straße, um gegen die weitere Stationierung von Atomraketen zu protestieren. Es ist die bis dahin größte Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik.

Das war knapp: Anfang November führt das NATO-Manöver Able Archer 83 zu einem gefährlichen Missverständnis: Aufgrund neuer Funkverschlüsselungsmethoden geht die UdSSR von einem atomaren Ernstfall aus und setzt ihre Truppen in Alarmbereitschaft.

1984

Egon Bahr wird Direktor des IFSH.

1986

Im April kommt es im Atomkraftwerk von Tschernobyl zum bisher schwersten Unfall in der zivilen Nutzung der Kernkraft.

1987

Die erste Ausgabe des Friedensgutachten erscheint. Die Herausgeber sind Gert Krell, Egon Bahr und Klaus von Schubert.

1988

Der INF-Vertrag tritt in Kraft. Die USA und die UdSSR/Russland verpflichten sich darin, sämtliche boden-/landgestützte Flugkörper mit mittlerer und kürzerer Reichweite (500 bis 5.500 km) zu vernichten.

1989

„Hamburger Generalstreffen“: Vertreter der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee der DDR kommen erstmalig am IFSH zu einem Meinungsaustausch zusammen.

Am 9. November fällt die Berliner Mauer.

1990

Der Friedensnobelpreisträger und vormalige Staatspräsident Costa Ricas, Oscar Arias Sanchez, besucht das IFSH.

1991

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es mitten in Europa wieder bewaffnete Konflikte. Mit dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens beginnt eine Serie von Kriegen, die bis 2001 andauern wird.

1992

Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow besucht das IFSH.

1993

Das IFSH veranstaltet das Internationale Symposium „Unsere Gemeinsame Zukunft – 1943 –1993 –2043“. Bundespräsident Richard von Weizsäcker eröffnet die Tagung mit einem Festvortrag im Hamburger Rathaus.

1994

Dieter S. Lutz wird Direktor des IFSH.

Der START I-Vertrag tritt in Kraft. Die USA und die UdSSR verpflichten sich darin, ihr Nuklearwaffenarsenal gegenüber 1991 um ein Drittel zu reduzieren und legen Obergrenzen für Trägersysteme und Gefechtsköpfe fest.

1995

OSZE-Jahrbuch Ausgabe 2018.

Das vom IFSH herausgegebene und vom Nomos-Verlag publizierte OSZE-Jahrbuch erscheint zum ersten Mal.

1996

Das IFSH feiert sein 25-jähriges Bestehen. Zu Ehren des Instituts gibt es einen Senatsempfang im Hamburger Rathaus. Die Festrede hält der damalige Bundespräsident Roman Herzog.

Der Kernwaffenteststopp-Vertrag (CTBT) tritt in Kraft. Er verbietet jegliche Art von Nuklearexplosionen.

1999

Der Kosovo-Konflikt spitzt sich immer weiter zu. Als „humanitäre Intervention“ beginnt die NATO im März mit Luftangriffen auf Militärbasen und strategische Ziele in Serbien, die schließlich zum Ende des Krieges führen. Doch der NATO-Einsatz ist hoch umstritten, da er ohne UN-Mandat stattfindet. Es entbrennt eine Debatte über die Schutzverantwortung, die „responsibility to protect“.

2000

Das *Zentrum für OSZE-Forschung* (CORE) am IFSH wird gegründet. Im Hamburger Rathaus gibt es eine internationale Fachtagung. Festredner ist der damalige Bundespräsident Johannes Rau.

2001

Am 11. September entführen Terroristen des al-Quaida-Netzwerkes in den USA mehrere Verkehrsflugzeuge und lenken sie gezielt ins *World Trade Center* und *Pentagon*. Rund 3.000 Menschen kommen ums Leben. Die NATO ruft erstmals den Bündnisfall aus. „9/11“ führt zum Paradigmenwechsel in der westlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Als Reaktion auf die Terroranschläge beginnt am 7. Oktober eine US-geführte NATO-Militäroffensive gegen das Taliban-Regime in Afghanistan, in dessen Schutz sich al-Quaida-Chef Osama bin Laden aufhalten soll. Der Einsatz der westlichen Militärallianz am Hindukusch wird 20 Jahre dauern.

2002

Am IFSH wird deutschlandweit der erste Aufbaustudiengang im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung eingeführt. Die Festrede bei der Zeugnisübergabe des ersten Jahrgangs hält der damalige Verteidigungsminister Dr. Peter Struck.

2003

Reinhard Mutz übernimmt die kommissarische Leitung des IFSH.

2006

Unter Beteiligung des IFSH wird das *Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung* (ZNF) der *Universität Hamburg* gegründet.

Michael Brzoska wird Direktor des IFSH.

2007

Das IFSH rückt näher an die Universität heran. Das Institut zieht vom Falkenstein in Hamburg-Blankenese ins Universitätsviertel nach Hamburg-Eimsbüttel.

Das IFSH wird Partner des Exzellenzclusters „Integrated Climate System Analysis and Prediction“ (CliSAP) zur interdisziplinären Klimaforschung.

2009

Der EU-Vertrag von Lissabon stärkt die äußere Handlungsfähigkeit der EU: Die Gemeinsame Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) schafft einen Rahmen für die Verteidigungsaspekte der EU-Politik.

2010

In Tunesien beginnt eine Protestwelle gegen das autokratische Regime. Nach und nach gehen in immer mehr arabischen Staaten Menschen auf die Straße, um gegen Unterdrückung und für mehr Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu demonstrieren. Der sogenannte „Arabische Frühling“ führt in einigen Ländern zu gewaltsamen Konflikten, die noch immer andauern, wie etwa in Syrien.

2012

Die Europäische Union erhält den Friedensnobelpreis – als Anerkennung für viele Jahrzehnte Frieden, Versöhnung und Demokratie.

2013

In Kiew kommt es zu Massenprotesten gegen den prorussischen Präsidenten Janukowitsch. Hundertausende Demonstrant:innen fordern eine engere Anbindung ihres Landes an die EU. Es kommt zu gewaltsamen Ausschreitungen.

2014

Russland annektiert die Halbinsel Krim und im Osten der Ukraine beginnen Kämpfe zwischen prorussischen Separatisten und dem ukrainischen Militär. Es ist der Beginn des Krieges in der Ostukraine. Dieser erreicht im Juli seinen vorläufigen Höhepunkt, als mutmaßlich prorussische Separatisten ein niederländisches Verkehrsflugzeug abschießen.

2015

Mehr als eine Million Menschen sind auf der Flucht und suchen Schutz in Europa. Die sogenannte „Flüchtlingskrise“ führt in vielen EU-Staaten zu innenpolitischen Spannungen.

Zwölf Jahre wurde verhandelt, im Juli wird schließlich das internationale Abkommen zum iranischen Atomprogramm (JCPOA) beschlossen: Iran fährt sein Nuklearprogramm herunter, im Gegenzug heben die EU, die USA und die Vereinten Nationen ihre Wirtschaftssanktionen schrittweise auf.

2016

Götz Neuneck und Wolfgang Zellner übernehmen die kommissarische Leitung des Institutes.

2017

Ursula Schröder wird Direktorin des IFSH.

„America first“: Am 8. November gewinnt der Republikaner Donald Trump die Präsidentschaftswahl in den USA. In den kommenden vier Jahren wird er bedeutende Verträge zur Rüstungskontrolle aufkündigen und sich von der internationalen Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik abwenden.

2018

Die USA treten unter US-Präsident Donald Trump aus dem Atomabkommen mit dem Iran aus.

2019

Das IFSH bekommt vom Auswärtigen Amt den Zuschlag für das Forschungs- und Transferprojekt *Rüstungskontrolle und Neue Technologien.* Mit einem Festakt im Hamburger Rathaus wird am 21. Mai das Projekt offiziell eröffnet. Die Festrede hält der amtierende Bundesaußenminister Heiko Maas.

Das IFSH bekommt ein neues Erscheinungsbild durch ein neues, zeitgemäßes Design. Im September eröffnet das Institut ein Büro in Berlin.

2020

Die COVID-19-Pandemie bricht aus und bestimmt das politische und gesellschaftliche Leben weltweit.

Im November treten die USA aus dem Vertrag über den Offenen Himmel aus, kurze Zeit später steigt auch Russland aus.

2021

6. Januar: Aus Protest gegen die Wahlniederlage stürmen radikale Trump-Anhänger:innen und Verschwörungstheoretiker:innen das Kapitol.

Im Frühjahr schickt Russland weitere Soldat:innen an die ukrainische Grenze. Der Ukrainekonflikt spitzt sich weiter zu.

11. Juni: Das IFSH wird 50. Am Jahrestag der Gründung lädt der Hamburger Senat zu einem Senatsempfang in den großen Festsaal des Hamburger Rathauses ein.

Impressum

Das *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg* (IFSH) erforscht die Bedingungen von Frieden und Sicherheit in Deutschland, Europa und darüber hinaus. Das IFSH forscht eigenständig und unabhängig. Es wird von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.

Hamburg | Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Beim Schlump 83
20144 Hamburg

www.ifsh.de

© 2022 IFSH
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Herausgeber: *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg* (IFSH)
Redaktion und Projektmanagement: Barbara Renne, Sonja Objartel
Gestaltung: angenehme-gestaltung/Thorsten Probst
Druck: Anton Bee GmbH

DOI: 10.25592/ifsh-expub-001

Was macht die Welt unsicher und wie gehen wir damit um?

Was sind die gesellschaftlichen Bedingungen für Frieden?

Und welche internationale Ordnung und Sicherheitspolitik erfordert

eine Welt, in der wir immer enger miteinander verflochten sind?

Diese Fragen stehen im Zentrum der Arbeit des IFSH.